
BACHELORARBEIT

Frau
Bettina Rehnert

**Gefährdung und Sicherheit bei
Großveranstaltungen-
die Bedeutung von Sicherheits-
konzepten**

2015

BACHELORARBEIT

Gefährdung und Sicherheit bei Großveranstaltungen- die Bedeutung von Sicherheits- konzepten

Autor:
Frau Bettina Rehnert

Studiengang:
Business Management

Seminargruppe:
BM12wT2-B

Erstprüfer:
Herr Prof. Dr. Johannes Handschumacher

Zweitprüfer:
Frau Melanie Nobis

Einreichung:
Mittweida, 23.06.2015

BACHELOR THESIS

Danger and security during major events- the importance of safety concepts

author:
Ms. Bettina Rehnert

course of studies:
Business Management

seminar group:
BM12wT2-B

first examiner:
Mr. Prof. Dr. Johannes Handschumacher

second examiner:
Ms. Melanie Nobis

submission:
Mittweida, 23.06.2015

Bibliografische Angaben:

Nachname, Vorname:

Thema der Bachelorarbeit

Topic of thesis

2015 - 55 Seiten

Mittweida, Hochschule Mittweida (FH), University of Applied Sciences,
Fakultät Medien, Bachelorarbeit, 2015

Abstract

Diese Bachelorarbeit beschäftigt sich mit Gefahren und Sicherheit bei Großveranstaltungen, es wird die Veranstaltungssicherheit näher betrachtet sowie die zu beachtenden Rechtsgebiete und die Sicherheitskonzepte.

Dazu wird zuerst auf verschiedene Definitionen des Veranstaltungsbereiches eingegangen um dann aufzuzeigen, was als Großveranstaltung bezeichnet wird. Es wird der Begriff der Veranstaltungssicherheit sowie die Gefahren und Risiken bei Großveranstaltungen erläutert. Danach wird auf die rechtlichen Grundlagen im Veranstaltungsbereich eingegangen und darauf aufbauend folgt das Kapitel über Sicherheitskonzepte. Hier werden deren Notwendigkeit und Inhalt dargestellt und die Umsetzung in Deutschland erläutert.

Ziel der Arbeit ist es, die Bedeutung und den Umfang der Veranstaltungssicherheit aufzuzeigen und in diesem Zusammenhang auf das Erstellen von Sicherheitskonzepten einzugehen und die Bedeutung dieser herauszuarbeiten.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|------------|
| Abstract..... | IV |
| Abkürzungsverzeichnis..... | VII |
| Abbildungsverzeichnis..... | IX |
| Tabellenverzeichnis..... | X |
| 1 Einleitung..... | 1 |
| 2 Begriffsdefinitionen des Veranstaltungsbereiches..... | 3 |
| 2.1 Event..... | 3 |
| 2.2 Ereignis..... | 4 |
| 2.3 Veranstaltung..... | 4 |
| 2.4 Typisierung von Veranstaltungen..... | 6 |
| 2.4.1 Größe..... | 6 |
| 2.4.2 Ort..... | 6 |
| 2.4.3 Zweck..... | 7 |
| 2.4.4 Raum..... | 8 |
| 2.4.5 Art..... | 8 |
| 2.4.6 Schutzzielorientierte Parameter..... | 9 |
| 2.5 Großveranstaltung..... | 9 |
| 2.6 Der Betreiber..... | 11 |
| 2.7 Der Veranstalter..... | 12 |
| 3 Sicherheit bei Veranstaltungen..... | 13 |
| 3.1 Definition Veranstaltungssicherheit..... | 13 |
| 3.2 Gefahren und Risiken bei Großveranstaltungen..... | 13 |
| 3.2.1 Gefährdungspotentiale..... | 13 |
| 3.2.2 Schutzziele..... | 17 |
| 3.2.3 Risikoanalyse und -bewertung..... | 18 |
| 3.3 Rechtliche Grundlagen..... | 21 |
| 3.3.1 Gewerberecht..... | 22 |
| 3.3.2 Bauordnungsrecht..... | 23 |
| 3.3.3 Muster-Versammlungsstättenverordnung..... | 25 |

| | | |
|----------|---|------------|
| 3.3.4 | Versammlungsrecht..... | 28 |
| 3.3.5 | Arbeitsschutzgesetz..... | 28 |
| 3.3.6 | Jugendschutzgesetz..... | 29 |
| 3.3.7 | Regelungen und Richtlinien im Brandschutz | 30 |
| 3.3.8 | Verantwortlichkeiten..... | 32 |
| 3.3.9 | Genehmigungsverfahren..... | 34 |
| 4 | Sicherheitskonzepte..... | 37 |
| 4.1 | Allgemein..... | 37 |
| 4.2 | Inhalt und Aufbau von Sicherheitskonzepten..... | 38 |
| 4.2.1 | In Versammlungsstätten..... | 38 |
| 4.2.2 | Außerhalb genehmigter Versammlungsstätten..... | 39 |
| 4.3 | Prüfung des Sicherheitskonzeptes und Behördliches Einvernehmen..... | 49 |
| 4.4 | Umsetzungsbeispiele in Deutschland..... | 50 |
| 5 | Fazit..... | 55 |
| | Literaturverzeichnis..... | XI |
| | Eigenständigkeitserklärung..... | XIV |

Abkürzungsverzeichnis

AGBF

...Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren in der Bundesrepublik Deutschland

ArbZG

...Arbeitszeitgesetz

BbgVStättVO

...Brandenburgische Versammlungsstättenverordnung

BetrVO

...Betriebs-Verordnung

DIN

...Deutsches Institut für Normung

GewO

...Gewerbeordnung

GG

...Grundgesetz

HBO

...Hessische Bauordnung

JuSchG

...Jugendschutzgesetz

M-V

...Mecklenburg- Vorpommern

MANV

...Massenanfall von Verletzten

MVStättV

...Muster- Versammlungsstättenverordnung

NRW

...Nordrhein- Westfalen

NVStättVO

...Niedersächsische Versammlungsstättenverordnung

Sachsen-Anh.

...Sachsen-Anhalt

SächVStättVO

...Sächsische Versammlungsstättenverordnung

SiKo

...Sicherheitskonzept

VA

...Veranstaltung

vfdb

...Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes

VStättV

...Versammlungsstättenverordnung

VStättVO

...Versammlungsstättenverordnung

VstättVO SH

...Versammlungsstättenverordnung Schleswig-Holstein

Abbildungsverzeichnis

| | |
|--|------|
| Abbildung 1: Beziehung zwischen Ereignis und Veranstaltung..... | 5 |
| Abbildung : Bewertung des Gefährdungspotentials einer Veranstaltung..... | 15f. |
| Abbildung : Anzeige einer öffentlichen Veranstaltung..... | 35 |

Tabellenverzeichnis

| | |
|---|------|
| Tabelle 1: Risikomatrix..... | 19 |
| Tabelle 2: Vergleich der Verordnungen der Bundesländer..... | 53f. |

1 Einleitung

„Das ist die Einmaligkeit, die ein Erlebnis zu einem Ereignis macht.“

*Ernst Ferstl (*1955)*

Wie schon Ernst Ferstl sagt, so gilt es auch für eine Veranstaltung. Einmaligkeit und Erlebnisse machen Veranstaltungen zu Ereignissen. Ereignisse an denen wir tagtäglich teilnehmen- ob gewollt oder ungewollt.

Oft müssen wir diese gar nicht besuchen und sind trotzdem ein Teil dieser, wenn zum Beispiel der Anfahrtsweg, auf unserem Arbeitsweg liegt und wir deshalb im Stau stecken. Größtenteils ist es jedoch so, dass wir diese Veranstaltungen freiwillig besuchen, ob das der Disco-Besuch mit Freunden ist, das Fußballspiel des kleinen Bruders oder die eigene Geburtstagsfeier. Freiwillig und meist guten Mutes, geht man in die Oper oder freut sich auf die Rückkehr der Fußball-Nationalmannschaft auf der Fanmeile. Die Häufigkeit der Teilnahme an Veranstaltungen ist bei jedem Menschen unterschiedlich. Ein Grund dafür kann vor allem der Ort sein, in dem man lebt. Bürger aus Großstädten werden wöchentlich mehr unternehmen als jene die auf dem Dorf zu Hause sind, weil es dort weniger Angebote gibt. Aber auch andere Faktoren wie etwa das Interesse oder das soziale Umfeld spielen dabei eine Rolle.¹

Dem Meeting- & Eventbarometer aus dem Jahr 2014 ist zu entnehmen, dass das Wachstum auf dem deutschen Veranstaltungsmarkt weiter anhält. Nicht nur die Anzahl der Veranstaltungsstätten ist um 1,4% gestiegen, sondern auch die Nachfragesituation hat sich verändert. Zu den Veranstaltungsstätten wurden dabei die Kongress- und Veranstaltungszentren gezählt als auch Tagungshotels und Eventlocations.

Im Jahre 2013 wurden 3,01 Mio. Veranstaltungen gezählt. Das sind 3,1% mehr als noch im Vorjahr die Zahl der Teilnehmer erhöhte sich sogar auf 371 Millionen, was wiederum ein Wachstum von 2,5% bedeutet.

Blickt man auf die generelle Entwicklung des Veranstaltungsmarktes in Deutschland seit 2006, so ist auch hier die steigende Tendenz zu erkennen, welche sich durchgängig auf einem hohen Niveau bewegt.²

¹ Vgl. Paul, Siegfried; Sakschewski Thomas; Ebner Michael; Klode Kerstin (2014): *Sicherheitskonzepte für Veranstaltungen- Grundlagen für Behörden, Betreiber und Veranstalter*, 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, S. 1 ff.

² Vgl. Europäisches Institut für TagungsWirtschaft GmbH: *Meeting- & EventBarometer 2014*, 2014, S.9 f.

Ob zum Vergnügen, zur Weiterbildung oder aus Tradition- die Veranstaltungszahl in Deutschland steigt und man verbindet eine Teilnahme an diesen meist mit Freude, Erleben und guten Erinnerungen. Doch Fälle wie die Katastrophe bei der Love-Parade im Jahr 2010 bringen schreckliche Erkenntnisse und Eindrücke mit sich. Ohne Bedenken geht fast jeder Besucher auf Veranstaltungen, weil man sich auf Veranstalter und Beteiligte verlässt. Oft hat sich gezeigt, dass die Sicherheit auf Veranstaltungen zu wenig betrachtet wird. Vielleicht werden Gesetze und regeln überlesen oder einfach zu fahrlässig gehandelt.

Im Grundgesetz in Artikel 2 Abs. 2 steht geschrieben: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“. Genau diese und auch viele andere Regeln und Gesetze sind bei der Planung und Durchführung einer Veranstaltung zu beachten.³

Natürlich soll vor allem der Spaß, das Erleben und die Freude im Vordergrund stehen, doch um die Veranstaltung genießen zu können, muss bei den Besuchern ein Gefühl von Sicherheit vorherrschen. Denn nur wenn der Zuschauer sich rundum geschützt fühlt, kann er eine Veranstaltung auch genießen. Diese Freude und das Wohlbefinden bedeuten auch ein gutes Feedback für die Veranstaltung.⁴ Deshalb muss eine gewisse Sicherheit immer gegeben sein. Vor allem seit dem Ereignis der Love Parade gibt es unzählige Checklisten und Richtlinien für Veranstaltungen. Ebenso ist Literatur zum Thema Sicherheit bei Veranstaltungen vorhanden, zu dieser Literatur wird künftig auch die Folgende zählen.

3 Vgl. GG 1949, Art. 2, Abs. 2

4 Vgl. Lange, Martin: *Sicherheit im Sommermärchen: Staatliche und private Sicherheitsverantwortung bei Sportgroßveranstaltungen am Beispiel der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft 2006*, 2013, S. 9

2 Begriffsdefinitionen des Veranstaltungsbereiches

Nun reden in der heutigen Zeit viele von einer Erlebnisgesellschaft und von Events. Egal ob Sportveranstaltung, eine Party-Nacht oder der 50. Geburtstag des Vaters – alles wird als Event betitelt. Doch wie unterschiedlich sich die Begriffe Event und Veranstaltung sind und welche Bedeutung das Erlebnis dabei hat, wird im Folgenden genauer dargestellt.

2.1 Event

Das Wort Event ist sehr populär geworden und ersetzt zumeist die Begriffe Veranstaltung oder Ereignis. Im Grunde genommen ist jedes Event eine Veranstaltung und ein Erlebnis, sozusagen ein Veranstaltungs-Erlebnis oder eine Erlebnis-Veranstaltung oder jene Veranstaltung die durch das Sahnehäubchen zum Event wird. Events sind also inszenierte Ereignisse in Form von unternehmens- oder markenbezogenen Veranstaltungen, welche meist einmalig sind. Events sollen vor allem die emotionale Seite des Gastes ansprechen und ihn aktiv in das Geschehen einbinden.⁵ Das Event im eigentlichen Sinne ist ein bedeutendes Marketing-Instrument, was sowohl unternehmensextern als auch unternehmensintern eingesetzt wird. Das wissen nur die wenigsten in unserer Gesellschaft und jeder Projektmitarbeiter in Veranstaltungszentren wird als Eventmanager gesehen. Kaum einer ist sich dessen bewusst, dass ein Veranstaltungsleiter täglich viele andere Aufgaben zu bewältigen hat als der Eventmanager einer Eventagentur.

In vorliegender Literatur soll es nicht nur um Events im Sinne des Marketing-Instrumentes gehen, vielmehr um alle Veranstaltungen die nicht dem Marketing Zweck dienen und im besonderen um jene, mit vielen Gästen: Großveranstaltungen. Nachfolgend also zum besseren Verständnis die Definitionen.

⁵ Hallmann, Kirstin (2010): *Zur Funktionsweise von Sportevents – Eine theoretisch-empirische Analyse der Entstehung und Rolle von Images sowie deren Interdependenzen zwischen Events und Destinationen.* [online], S. 10 ff.

2.2 Ereignis

„Ein Ereignis beschreibt einen Moment der Zeit, der einmalig und herausragend ist.

Ein Ereignis ist eindeutig identifizierbar, einmalig und somit nicht wiederholt, individuell sowie einzigartig. Es beschreibt eine Veränderung zu einem vorherigen Zustand und ist subjektiv erfahrbar. Es stellt einen zeitlich und räumlich begrenzten Vorgang dar. Das subjektive Erleben steht im Vordergrund. Ereignisse werden in der Regel durch Zufälligkeit bestimmt.“⁶

Also kann man ein Ereignis als subjektiv einmaligen Moment der Zeit beschreiben.

2.3 Veranstaltung

„Eine Veranstaltung fasst den Inhalt eines oder mehrerer Ereignisse in einer zeitlich abgrenzbaren Einheit zusammen[...].“⁷ Veranstaltungen werden mit einer eindeutigen Orientierung auf Teilnehmer konzipiert und durchgeführt.⁸ Wochnowski erarbeitete wesentliche Merkmale von Veranstaltungen und ordnete diese in den Kontext von Dienstleistungen ein.⁹

Demnach sind Veranstaltungen:

- kollektive Dienstleistungen, d.h. sie werden unter räumlich kongruenter und zeitlicher simultaner Anwesenheit mehrerer Nachfrager erbracht
- personenbezogene Dienstleistungen, d.h. die Leistung wird an Menschen und nicht an Objekten erbracht.
- zeitraumbezogene Dienstleistungen, d.h. die Dauer der Veranstaltung ist begrenzt
- Veranstaltungen weisen einen substantiellen Nutzen für den Besucher bzw. Teilnehmer auf
- im Bereich Freizeit haben sie einen Konsumcharakter und folglich werden sie als konsumtive Veranstaltungen bezeichnet. Im Gegensatz dazu stehen Veranstaltungen aufgrund des Business, welche als investive Veranstaltungen bezeichnet werden.

6 Hallmann, 2010, S.8

7 Hallmann, 2010, S.8

8 Hallmann, 2010, S.8

9 Vgl. Wochnowski, Holger (1996): *Veranstaltungsmarketing. Grundlagen und Gestaltungsempfehlungen zur Vermarktung von Veranstaltungen*, S.12 ff.

- meist personen-, sach- oder objektdominiert
- Veranstaltungen bauen beim Nachfrager einer Erwartungshaltung aufgrund eines Leistungsversprechens auf

„Diese Merkmale zeigen auf, dass Veranstaltungen als Dienstleistungsprodukte zu betrachten sind, die der Zuschauer, Besucher bzw. Teilnehmer konsumiert. Je größer der Wert des Ereignisses für den Zuschauer ist, desto attraktiver ist es für einen Veranstalter dieses Ereignis darzustellen.“¹⁰

Hinzuzufügen wäre außerdem, dass Veranstaltungen gezielt herbeigeführte Ereignisse sind, die arrangiert oder geplant werden. Der Planer ist als Veranstalter zu bezeichnen, welcher die Verantwortung für sämtliche Geschehnisse im Rahmen der Veranstaltung trägt. Im Vordergrund steht meist der objektive Ablauf und die Ausgestaltung, nicht das subjektive Erleben. Durch die Ausgestaltung der Veranstaltungsdienstleistung weist sie für den Konsumenten einen wesentlichen Nutzen auf. Konsument der Dienstleistung ist immer eine Gruppe von Menschen, welche wie oben bereits genannt, als Besucher, Zuschauer oder Teilnehmer bezeichnet werden können.

Untenstehende Darstellung zeigt die Beziehung zwischen Ereignis und Veranstaltung noch einmal auf:

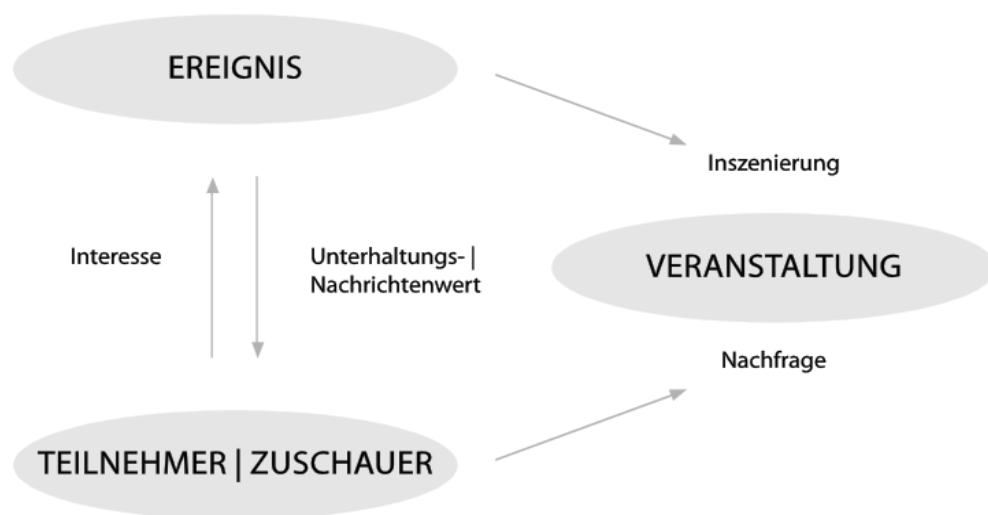


Abbildung 1: Beziehung zwischen Ereignis und Veranstaltung

Quelle: Hallmann, Kirstin (2010): *Zur Funktionsweise von Sportevents – Eine theoretisch-empirische Analyse der Entstehung und Rolle von Images sowie deren Interdependenzen zwischen Events und Destinationen*. [online], S. 10

¹⁰ Vgl. Hallmann, 2010, S. 9

Um aufzuzeigen, was Großveranstaltungen sind, wird nun auf die Typisierung von Veranstaltungen eingegangen und sie in Kategorien aufteilen.

2.4 Typisierung von Veranstaltungen

Keine Veranstaltung ist mit einer anderen identisch, jede ist zumindest in Teilen einzigartig. Doch einzelne Arten oder Typen von Veranstaltungen sind sich ähnlich, sodass viele Veranstaltungen einer bestehenden Kategorie zugeordnet werden können. Um Veranstaltungen unterscheiden zu können gibt es verschiedene Parameter die nun näher erläutert werden.

2.4.1 Größe

Den am häufigsten verwendeten Parameter bildet die Besucheranzahl, die sogenannte Größe der Veranstaltung. Ohne genaue Nennung der Besucherzahl kann unterschiedene werden in Mikro-Events, Veranstaltungen mit lokaler Bedeutung, Medium Events, Veranstaltungen mit regionaler Bedeutung und Mega-Events, also Veranstaltungen mit überregionaler/nationaler oder internationaler Bedeutung.¹¹

Des Weiteren wird zwischen Veranstaltungen und Großveranstaltungen unterschieden. Großveranstaltungen sind Veranstaltungen mit mehr als 5.000 Besucherplätzen.

2.4.2 Ort

Außerdem wird von ruralen und urbanen Veranstaltungen gesprochen. Die Unterscheidung liegt hier beim Veranstaltungsort. Mit rural werden Veranstaltungen auf dem Land bezeichnet. Zum Beispiel Open-Air Festivals finden häufig auf Flächen in ländlichen Gegenden statt. Direkte Anwohner werden durch Lärm kaum gestört, außerdem sind Veranstaltungen im ländlichen Raum auch bei größeren Besuchergruppen unproblematischer, da die Veranstaltungsfläche durch Gebäude und bauliche Anlagen weitaus weniger eingeengt ist. Diese können auf großen Flächen wie etwa Wiesen oder abgeernteten Agrarflächen stattfinden. Ein Nachteil von Veranstaltungen im ländlichen Raum ist das Fehlen der Infrastruktur.

¹¹ Vgl. Paul, Siegfried (2012): *Wissensmanagement für die Veranstaltungsbranche: Besonderheiten, Barrieren und Lösungsansätze*, 1., Auflage, Berlin, S. 21f.

Die Transportwege zur nächstgelegenen Rettungsstation sind länger, sowie Anfahrts- und Parkmöglichkeiten eher spärlich vorhanden. Außerdem müssen Witterungsbedingungen stärker beachtet werden.

Bei städtischen Veranstaltungen sind die Veranstaltungsstätten meist schon vorhanden z.B. Mehrzweckhallen, Stadien oder große öffentliche Flächen sowie die dazu passende Infrastruktur in Verbindung mit dem Öffentlichen Personennahverkehr. Des Weiteren kann man auf den breiten Erfahrungsschatz der Ämter und Behörden zählen, die des Öfteren mit der Planung und Durchführung von Veranstaltungen in Kontakt kommen. Allerdings muss hier stärker auf die Publikumsdichte geachtet werden, da beispielsweise bei Straßenfesten im urbanen Raum eine große Anzahl an Besuchern erwartet werden kann und diese in Abhängigkeit der örtlichen Gegebenheiten schnell zu Verengungen in den Besucherströmen führen können. Mit steigender Anzahl der Besucher steigt im städtischen Raum nicht nur die Lärmbelästigung der Anwohner sondern auch das Gefährdungspotential.

Diese Einteilung der Veranstaltungen ist sinnvoll, da sich daraus Ableitungen, wie oben genannt, in Bezug auf die Beeinträchtigung durch Lärm oder zur erforderlichen Infrastruktur bei An- und Abreise sowie der besucherrelevanten Infrastruktur mit allen sicherheitsbedeutsamen Schlussfolgerungen ergeben.

Im Gegensatz zu dieser sinnvollen Unterteilung steht die Schwierigkeit dieser. Denn ab wann gilt ein Ort als rural für eine Veranstaltung bzw. als städtisch-urban? Aufgrund dieser Schwierigkeit ist die Abgrenzung im Einzelfall oft ungenau.¹²

2.4.3 Zweck

Unterteilung der Veranstaltungen nach dem Zweck. Um Ergebnisse im Bereich dieser Einteilung zu gewinnen, muss ein Blick auf die Genehmigungspraxis geworfen werden. Denn Ablehnung oder Zustimmung einer Veranstaltung erfolgen unter Berücksichtigung der Gewinnorientierung und unter Einbeziehung des Parameters des Kulturellen oder Kommerziellen. Diese einfach scheinende Typisierung von Veranstaltung sollte jedoch nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Auch eindeutig als kulturell zu klassifizierende Veranstaltungen verfolgen kommerzielle Ziele, zum Beispiel die Vermietung der Gastronomiestände.

¹² Vgl. Paul; Sakschewski; Ebner; Klode, 2014, S. 12f.

Häufig wird auch durch Sponsoren, welche ihre eigenen kommerziellen Ziele auf kulturellen Veranstaltungen durchsetzen wollen eine Unterscheidung erschwert.¹³

2.4.4 Raum

Unterteilung nach Veranstaltungsraum: Hierbei unterscheidet man zwischen Veranstaltungen in einem (umbauten) Raum, auch Indoor- Veranstaltungen genannt. Das sind somit jene, die in Gebäuden stattfinden. Gebäude sind selbstständig benutzbare, überdeckte bauliche Anlagen, die von Menschen betreten werden können und geeignet oder bestimmt sind, dem Schutz von Mensch, Tier und Sachen zu dienen (§ 2 Abs. 2 Honorarordnung für Architekten- und) . Veranstaltungen unter freiem Himmel also Outdoor- Veranstaltungen lassen sich noch einmal unterteilen in Veranstaltungen die der Muster- Versammlungsstättenverordnung (MVStättV) unterliegen und anderen, die im Freien auf privaten und öffentlichen Plätzen stattfinden. Eine Veranstaltung auf öffentlichen und privaten Plätzen ohne bauliche Fassung oder Szeneflächen unterliegen nicht der MVStättV, wenn sie jedoch eingezäunt und mit einer Szenefläche geplant werden und die Besucherzahl höher als 1.000 ist so gilt die Versammlungsstättenverordnung des jeweiligen Landes.¹⁴

2.4.5 Art

Ebenso kann nach Veranstaltungsart unterschieden werden. Es wird gesagt, dass dieses Kriterium die höchstmögliche Trennungsschärfe bietet. Meist wird in Kulturveranstaltungen wie Musikdarbietungen oder Theateraufführungen, in Sportveranstaltung im Sinne von Wettkämpfen, in wirtschaftlich geprägte Veranstaltungen wie Messen und Kongresse, in Veranstaltungen der Politik oder Gesellschaft (Staatsbesuche o. Straßenumzüge) oder auch in natürliche Veranstaltungen wie Naturereignisse unterteilt.¹⁵

Trotzdem liegen in Betrachtung der Sicherheit, Welten zwischen einem Sinfoniekonzert des lokalen Sinfonie-Orchesters und einem Konzert einer Metal Band. Die Zusammensetzung des Publikums, der technische Aufwand, die Anzahl der Besucher und alle Sicherheitsaspekte, die sich daraus ableiten lassen sind völlig unterschiedlich.

¹³ Vgl. Paul, 2012, S. 23f.

¹⁴ Vgl. Paul, 2012, S. 22f.

¹⁵ Vgl. Paul, 2012, S. 24

Deshalb werden zur Typisierung von Veranstaltungen nach der Art oft Schutzzielorientierte Parameter mit einbezogen.¹⁶

2.4.6 Schutzzielorientierte Parameter

Diese sind ausgerichtet an einer Bewertung der Gefährdung des Einzelnen. In der MVStättV kann als Grundlage herausgelesen werden, dass als oberstes Schutzziel der Schutz von Leib und Leben der Personen in der Versammlungsstätte zählt. Daraus abzuleiten ist der Schutz für die verschiedenen Besuchergruppen der Besucher, Mitarbeiter und Akteure. Außerdem ist das Schutzziel einer sicheren und schnellen Evakuierung von Personen aus der Versammlungsstätte festgeschrieben. Also stehen die schutzzielorientierten Parameter in engem inhaltlichen Zusammenhang mit der MVStättV, weil sie baurechtlich erschließen lassen. Abgeleitet werden sie von einer Gefährdungsanalyse der Veranstaltung und einer sich daraus ergebenden Bewertung der Gefährdung der Besucher und Teilnehmer. Davon ausgehend werden häufig Einsatzkräfte (Anzahl und Aufgabenbereiche) bemessen. Die bekanntesten Systeme nehmen bereits vorhandene Berechnungsmodelle auf und übertragen die sich daraus ableitenden Faktoren auf die vorliegende Veranstaltung.¹⁷ Ausgewählte Modelle werden in Kapitel 3.2.3 näher erläutert.

2.5 Großveranstaltung

Wie bereits erwähnt, werden Veranstaltungen mit mehr als 5.000 Besuchern als Großveranstaltungen bezeichnet, wenn man in der MVStättV nachliest.

Diese Besucher oder Teilnehmer können unterschiedlicher Nationalität, Sprache, sozialer Schichtung, politischer Anschauung und religiösem Bekenntnis sein und verschiedene kulturelle Hintergründe besitzen, ebenso sind die Einwohner und Bürger der Stadt ebenfalls involviert.

Großveranstaltungen sind meist von besonderer Bedeutung für die Region und haben teilweise sogar nationalen oder internationalen Charakter. Häufig finden diese Veranstaltungen im Stadtzentrum bzw. im Kernzentrum statt oder auf besonderen städtischen Flächen.¹⁸

¹⁶ Vgl. Paul; Sakschewski; Ebner; Klode 2014, S.13f.

¹⁷ Vgl. Paul; Sakschewski; Ebner; Klode, 2014, S. 14ff.

¹⁸ Vgl. AGBF Bund (2009): AGBF-Richtlinie „Einsatzplanung Großveranstaltungen“, S. 1

Jedoch sollte man sich nicht zu streng an der Zahl 5.000 aufhängen auch kleinere Veranstaltungen können zu Großveranstaltungen zählen, da oftmals das Gefährdungspotential sie zu einer Großveranstaltung macht.

Deshalb sollte man sich zusätzlich auf die Relation der erwarteten Besucher zur Gemeindegröße konzentrieren sowie die Örtlichkeit und deren Infrastruktur als auch das Risikopotential der Teilnehmer (z.B. Alkoholkonsum, Alter etc.) beachten.

Zahlen können also Richtwerte im Bezug auf Großveranstaltungen sein jedoch hängt die Gefahrensituation nicht von der bloßen Zahl ab.

Die Projektgruppe „Sicherheit bei Veranstaltungen im Freien“ aus Nordrhein-Westfalen hat sich diesem Thema ebenfalls angenommen und sich darauf verständigt Großveranstaltungen als jene Veranstaltungen zu bezeichnen, zu denen täglich mehr als 100.000 Besucher kommen oder bei denen die Zahl der zeitgleich erwarteten Besucher ein Drittel der Einwohnerzahl des Veranstaltungsortes übersteigt und sich mindestens 5.000 Personen zeitgleich auf dem Veranstaltungsgelände befinden, die über ein erhöhtes Gefährdungspotential verfügen.

Großveranstaltungen können z.B. Festivals oder Konzerte sein, aber auch Sportveranstaltungen und Stadtfeste können dazu zählen. Spontane oder regelmäßige Ansammlungen von Menschen wie etwa Karnevalsumzüge oder Demonstrationen sind ebenfalls in diese Definition einzuordnen, allerdings ist die Schwierigkeit hierbei, dass meist der Veranstalter als Ansprechpartner fehlt und sie somit schwieriger zu handhaben sind. Es ist egal, ob die Veranstaltung im Freien oder in einer Versammlungsstätte wie beispielsweise einem Stadion oder einer Arena stattfindet. Beachtet werden müssen dabei zahlreiche Vorschriften und Gesetze. Oben genannte Versammlungsstättenverordnungen zählen dazu, aber auch die Sonderbauverordnungen, Vorschriften zum Lärmschutz oder andere ordnungsbehördliche Vorschriften wie Glas- oder Rauchverbot und die Auflagen des Umwelt und Grünflächenamtes.¹⁹

Für Veranstaltungen im Freien, bei der mehr als 1.000 Besucher erwartet werden gilt auch die MVStättV, wenn die Festwiese eingezäunt ist, sie über eine Szenefläche verfügt und sie teilweise oder gänzlich aus baulichen Anlagen bestehen.²⁰

19 Vgl. Ministerium für Inneres und Kommunales NRW (2013): *Sicherheit bei Großveranstaltungen im Freien*, S. 11ff.

20 Vgl. Paul; Sakschewski; Ebner; Klode, 2014, S. 49

Laut MVStättV ist für jede Großveranstaltung (Veranstaltung mit mind. 5.000 Besuchern im Freien oder mit 1.000 Besuchern im freien) oder wenn die Art der Veranstaltung es erfordert (Autogrammstunde eines Popstars z.B.) ein Sicherheitskonzept zu erstellen, siehe § 43 Abs. 2 Muster-Versammlungsstättenverordnung. Die Erstellung dieses Sicherheitskonzeptes ist die Pflicht des Betreibers.

Die Übertragung dieser Pflicht auf den Veranstalter ist nach § 38 Abs. 5 nur für die Absätze 1 bis 4 der MVStättV möglich. Außerdem kann der Betreiber Zuarbeitern des Veranstalters bezüglich des Sicherheitskonzeptes verwenden um es dann selbst aufzustellen.²¹

2.6 Der Betreiber

Ein Betreiber ist gemäß EU-Definition jede natürliche oder juristische Person, die die Anlage betreibt oder besitzt oder der - sofern in den nationalen Rechtsvorschriften vorgesehen - die ausschlaggebende wirtschaftliche Verfügungsmacht über den technischen Betrieb der Anlage übertragen worden ist.²²

Außerdem ist Betreiber, wer die tatsächliche oder rechtliche Möglichkeit hat, die notwendigen Entscheidungen im Hinblick auf die Sicherheit der Anlage zu treffen.²³ Er ist also in erster Linie für die Sicherheit in seiner Anlage verantwortlich und hat während des Betriebs der Veranstaltungsstätte Anwesenheitspflicht. Eine weitere Pflicht ist die Abbruchspflicht der Veranstaltung im Falle dessen, dass die Sicherheit nicht mehr gewährleistet werden kann.²⁴

Auf die Eigentumsverhältnisse kommt es hierbei nicht an. Also kann auch der Pächter oder Mieter Betreiber sein. Allerdings kann der Betreiber seine Pflichten auf den Veranstalter übertragen, allerdings sollte dieser mit der Stätte vertraut sein. Bei Veranstaltungen im Freien ist der Grundstückseigentümer der Betreiber, auch hier können die Pflichten auf den Veranstalter übertragen werden, was jedoch als viel einfacher gilt, da der Veranstalter die Veranstaltungsfläche selbst gestaltet (Strom, Wasser, Rettungswege, Zufahrten etc.) und somit vertrauter mit dieser Fläche ist, als der Grundstückseigentümer selbst.

²¹ Vgl. Paul; Sakschewski; Ebner; Klode, 2014, S.80 f.

²² Vgl. Richtlinie 1999/13/EG, Art. 2 Abs. 6

²³ Vgl. Landesinstitut für Arbeitsgestaltung des Landes Nordrhein-Westfalen (2014): *Wissensdatenbank*, Düsseldorf

²⁴ Vgl. Paul; Sakschewski; Ebner; Klode, 2014, S.149

Allerdings kann der Veranstalter nie die komplette Betreiberverantwortung übernehmen, denn dieser muss sich an die Pflicht zu Kontrolle und Überwachung halten, sowie an die Verkehrssicherungspflicht.

2.7 Der Veranstalter

„Veranstalter ist jede natürliche oder juristische Person, die eine Veranstaltung eigenverantwortlich ausruft, sie organisiert oder durchführt. Hierbei müssen die konkreten rechtlichen, wirtschaftlichen und tatsächlichen Gegebenheiten Berücksichtigt werden. Der Veranstalter kann also auch eine Personenmehrheit sein.²⁵ Der Veranstalter ist insbes. verantwortlich für die Inhalte der Veranstaltung sowie im Rahmen der Sorgfaltspflicht für die Sicherheit der Teilnehmer. Er hat vor der Veranstaltung die erforderlichen behördlichen (feuerpolizeilichen, Ausschank- etc.) Genehmigungen einzuholen und während der Veranstaltung die einschlägigen rechtlichen Regelungen (z.B. die geltende Versammlungsstättenverordnung) zu beachten.

Der Veranstalterstatus bestimmt sich durch die einfache Rechtsregel: "Veranstalter ist, wer als Veranstalter auftritt". Diese sog. "Anscheinsvermutung" ergibt sich aus der allgemeinen Lebenserfahrung (z.B. Nennung auf der Einladung, dem Veranstaltungsplakat) und wird vor Gericht unabhängig von den vertraglichen Regelungen beurteilt, die zwischen dem Veranstalter und seinen Dienstleistern evtl. getroffen worden sind.²⁶

Veranstalter ist jeder, der eine Veranstaltung durchführt, egal ob der eines privaten Kindergeburtstages oder einer Großveranstaltung mit tausenden Besuchern. Derjenige ist also für alle organisatorischen, technischen, wirtschaftlichen und auch sicherheitsrelevanten Abläufe zuständig und verantwortlich und trägt das wirtschaftliche Risiko.

Wie oben bereits erwähnt, kann der Veranstalter die Pflichten des Betreibers der Versammlungsstätte übernehmen.

25 Vgl. EVVC; Volker Löhr (2013): *Musterverordnung über die Sicherheit bei Veranstaltungen*, S.3

26 Springer Gabler Verlag (2014): *Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort Eventwirtschaft*, Wiesbaden

3 Sicherheit bei Veranstaltungen

3.1 Definition Veranstaltungssicherheit

Laut der Musterverordnung über die Sicherheit bei Veranstaltungen könnte man den Begriff der Veranstaltungssicherheit wie folgt definieren:

Veranstaltungssicherheit ist die Freiheit von Gefahren aller Art bei zeitlich begrenzten Vergnügen, Vor- und Aufführungen sowie Darbietungen, an welchen eine Vielzahl von Menschen teilnimmt. Jedoch bleibt meist ein bekanntes und akzeptables Restrisiko erhalten.²⁷

Diese Sicherheit ist einer der wichtigsten Punkte bei jeder Veranstaltung und benötigt eine spezifische Planung. Es müssen mögliche Gefährdungen für Besucher, Künstler und Mitarbeiter erkannt und Maßnahmen zur Sicherung erstellt werden. Das Recht eines jeden „[...]auf Leben und körperliche Unversehrtheit“ muss dringlichst beachtet werden.²⁸

3.2 Gefahren und Risiken bei Großveranstaltungen

3.2.1 Gefährdungspotentiale

Als Gefährdungspotential können alle möglichen Gefahren gesehen die von etwas ausgehen können. Also zum Beispiel vom Verhalten des Publikums, vom Bühnengeschehen und der Technik, von der Versammlungsstätte selbst, von der Witterung und deren Einflüssen oder die Gefährdung durch mangelnde Kommunikation. Denn die Kommunikation unter allen Beteiligten ist sehr wichtig. Deshalb sollte sie im Vorfeld abgestimmt werden, um Gefährdungen zu vermeiden. Vorallem aber während der Veranstaltung muss die Kommunikation aufrecht erhalten werden, denn diese ist zum Beispiel in Notfällen unbedingt erforderlich.

²⁷ Vgl. EVVC; Volker Löhr, 2013, S. 3

²⁸ Vgl. GG 1949, Art 2 Abs. 2

Hierzu werden häufig Walkie-Talkies verwendet sowie ein zentraler Treffpunkt für alle Beteiligten eingerichtet. Die Zusammenarbeit nach § 38 Abs. 3 MVStättV muss störungsfrei ermöglicht werden.

Gefährdungen durch das Bühnengeschehen sowie die Technik können zum Beispiel Brände oder Stürze sein. Auch von der Versammlungsstätte selber können Gefahren ausgehen, dazu zählen zum Beispiel die Fluchtwege die für eine bestimmte Anzahl an Besuchern zu eng sein können oder fliegende Bauten die Wege versperren oder Bauteile die Besucher verletzen können.²⁹

In Betrachtung aller in Punkt 2.4 erläuterten Typisierungen erscheint es für Großveranstaltungen als sinnvoll, dass sie zuerst in die genannten Kategorien nach Besucher, Art und Ort sowie Gestalt der Veranstaltung unterteilt werden um daraus dann das Gefährdungspotential zu erschließen. Die Gefährdungspotentiale der einzelnen Typen werden also nicht isoliert voneinander betrachtet, sondern die Veranstaltung im Ganzen wird mit einem Gefährdungspotential eingeschätzt und schließlich bewertet. Zur Bewertung dieses Potentials sollten man sich folgende Fragen beantworten:

Wer sind Veranstalter und Betreiber und sind sie identisch?

Der Veranstaltungsort spielt eine große Rolle für die Einschätzung des Gefährdungspotentials. Findet die Veranstaltung im Freien oder in einem Gebäude statt? Wurden dort bereits Veranstaltungen durchgeführt? Wird die Muster Versammlungsstättenverordnung angewandt?

Welche Art von Veranstaltung wird geplant? Ist sie ein- oder mehrtägig?

Welche möglichen Gefahren gilt es zu beachten? Diese hängen auch oft von der Art der Veranstaltung ab.

Welche Gestalt hat die Veranstaltung?

Wie viele Besucher werden erwartet? Welche Altersgruppen sind vorhanden? Aus welchen sozialen Gruppen stammen sie? Wie lang ist die Anreise? Sind Hauptan- und -abreisezeiten bekannt? Kreuzen sich eventuell mehrere Besucherströme? Werden bestimmte Besuchergruppen erwartet? Kommt der Großteil der erwarteten Besucher allein oder in Gruppen bzw. Familien? Und ist mit einem starken Alkohol- bzw. Drogenkonsum zu rechnen?

²⁹ Vgl. Paul; Sakschewski; Ebner; Klode, 2014, S. 64 ff.

Um das Gefährdungspotential der Veranstaltung zu erschließen, bewertet man in den einzelnen Kategorien mit einfachen Plus- oder Minuszeichen. Je mehr Unterkategorien jede Kategorie besitzt, umso gewichtiger ist sie. Aus dem Vorhandensein der Plus- oder Minuszeichen, kann man eine positive oder negative Verstärkung ableiten. Oft wird empfohlen eine Tabelle anzulegen in der die einzelnen Kategorien sowie die Summe der Plus und Minus eingezeichnet werden. Sie soll als Unterstützung zur Bewertung des Gefährdungspotentials dienen, kann jedoch eine veranstaltungsspezifische Risikobewertung nicht ersetzen. In untenstehender, gekürzter Tabelle von Sakschewski und Paul ist eine beispielhafte Bewertungsmöglichkeit für das Gefährdungspotential einer Veranstaltung dargestellt.³⁰

Tabelle 8: Qualitative Gesamtbewertung der Gefährdungspotenziale einer Veranstaltung

| | | | Summe + | Summe - |
|---|--|-----|------------|------------|
| Besucher: Demografische Informationen | Durchschnittsalter | = | | |
| | < 16 | - | | |
| | 16 bis 20 | | | |
| | 21 bis 30 | -- | | |
| | 31 bis 39 | + | | |
| | 40 bis 55 | ++ | | |
| | > 56 | - | | |
| | Altersvarianz | = | | |
| | Altershomogene Besucherstruktur | - | | |
| | Geringe Altersvarianz (Durchmischung) | +/- | | |
| | Mittlere Altersvarianz (Durchmischung) | +/- | | |
| | Hohe Altersvarianz (Durchmischung) | - | | |
| Summe (+ und -) Demografische Informationen | | | | |
| Besucher: Soziodemografische Informationen | Soziale Milieus | = | | |
| | Hedonistisches Milieu | - | | |
| | Prekäres Milieu | - | | |
| | Traditionelles Milieu | + | | |
| | Sozial-ökologisches Milieu | - | | |
| | Adaptiv-pragmatisches Milieu | +/- | | |
| | Bürgerliche Mitte | +/- | | |
| | Expeditives Milieu | - | | |
| | Milieu der Performer | + | | |
| | Liberal-intellektuelles Milieu | + | | |
| | Konservativ-etabliertes Milieu | - | | |
| | Grad des Involvements | = | | |
| | Hohes Involvement eines größeren Besucheranteils | - | | |
| | Hohes Involvement einer kleinen Besuchergruppe (Faneffekt) | + | | |
| | Mittleres Involvement eines größeren Besucheranteils | +/- | | |
| | Heterogenes Involvement verschiedener Besuchergruppen | - | | |
| | Niedriges Involvement eines größeren Besucheranteils | - | | |
| | Anteil starker sozialer Bindungen | = | | |
| | Hoher Anteil Einzelbesucher | - | | |
| | Einige Gruppen mit starken sozialen Bindungen | + | | |
| | Gemischte Besucherstruktur | + | | |
| | Hoher Anteil von Gruppen mit starken sozialen Bindungen | | | |
| | Alkohol- und Drogenkonsum | = | | |
| | Massiver Alkohol- und Drogenkonsum einzelner Besucher oder Besuchergruppen ist zu erwarten | -- | | |
| | Hoher Alkohol- und Drogenkonsum einzelner Besucher oder Besuchergruppen ist zu erwarten | - | | |
| | Mittlerer Alkohol- und Drogenkonsum einzelner Besucher oder Besuchergruppen ist zu erwarten | +/- | | |
| | Geringer Alkohol- und Drogenkonsum einzelner Besucher oder Besuchergruppen ist zu erwarten | + | | |
| | Besondere Besuchergruppen | = | | |
| | Gefahr politisch oder religiös motivierter Störergruppen | -- | | |
| | Programm, Veranstaltungsort oder -anlass sind attraktiv für Besuchergruppen mit erhöhtem Konfliktpotenzial | -- | | |
| | Wiederkehrende Veranstaltungen | + | | |
| Summe (+ und -) Soziodemografische Informationen | | | | |

30 Vgl. Paul; Sakschewski; Ebner; Klode, 2014, S.64ff.

Tabelle 8 (fortgesetzt)

| | | | | | | | Summe + | Summe - |
|---------------------------|--|-----------------------------|------------|---------------------------------|--------------------------|------------------|------------|------------|
| | | | Entlohnung | Beschäftigungs- verhältnisse | Erfolgs- orientierung | Beschaf- fung | | |
| Betreiber | Privatwirt- schaftlicher Betreiber | Betreiber = Veranstalter | + | - | - | + | | |
| | | Betreiber ≠ Veranstalter | +/- | - | - | + | | |
| | Öffentlicher Betreiber | Betreiber = Veranstalter | +/- | + | +/- | +/- | | |
| | | Betreiber ≠ Veranstalter | - | +/- | +/- | +/- | | |
| Summe (+ und -) Betreiber | | | | | | | = | |

| | | | | Summe + | Summe - |
|---------------------------------------|-----------------------|---------------------------------------|------------------------|------------|------------|
| | | Gefährdung durch Technikeinsatz | Gefährdung der Akteure | | |
| Art | Musik | Rock | +/- | - | |
| | | Klassik | + | + | |
| | | Tanzveranstaltung | +/- | - | |
| | Sport | Motorsport | + | - | |
| | | Radrennen | + | - | |
| | | Langlauf | + | - | |
| | | Public Viewing | +/- | +/- | |
| | Fest | Straßenfest | + | +/- | |
| | | Volksfest | - | +/- | |
| | | Schützenfest | + | - | |
| | | Kirmes | - | +/- | |
| | | Weihnachtsmarkt | +/- | - | |
| | Darstellende Kunst | Theater / Show | +/- | + | |
| | | Oper / Operette | +/- | + | |
| | | Artistik / Variété | + | - | |
| Umzug | Karnevalszug | +/- | +/- | | |
| | Demonstration | +/- | - | | |
| Summe (+ und -) Art der Veranstaltung | | | | = | |

| | | | | | |
|---|--|--|--|---|--|
| Gesamtsumme (+ und -) Betreiber und Art der Veranstaltung | | | | = | |
| Gesamtsumme (+ und -) der Veranstaltung (alle Kategorien) | | | | = | |

| | | | | | |
|------------------------------------|--|--|--|---|--|
| Ergebnis (Verrechnung von + und -) | | | | = | |
|------------------------------------|--|--|--|---|--|

| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|--|----|----|----|----|--|----|----|----|----|---|----|----|----|----|---|----|----|----|----|--|-------|
| < -10 | -10 | -9 | -8 | -7 | -6 | -5 | -4 | -3 | -2 | -1 | 0 | +1 | +2 | +3 | +4 | +5 | +6 | +7 | +8 | +9 | +10 | > +10 |
| Sehr hohes Gefährdungs- potenzial der Gesamt- veranstaltung | Hohes Gefährdungs- potenzial der Gesamtveranstaltung | | | | | Mittleres Gefährdungs- potenzial der Gesamtveranstaltung | | | | | Schwachtes Gefährdungs- potenzial der Gesamtveranstaltung | | | | | Geringes Gefährdungs- potenzial der Gesamtveranstaltung | | | | | Sehr geringes Gefährdungs- potenzial der Gesamt- veranstaltung | |

Legende: ++ = sehr niedriges Gefährdungspotenzial, + = niedriges Gefährdungspotenzial,
+- = neutral, - = hohes Gefährdungspotenzial, -- = sehr hohes Gefährdungspotenzial

Abbildung 2: Bewertung des Gefährdungspotentials einer Veranstaltung

Quelle: Paul, Siegfried; Sakschewski, Thomas (2014): *Sicherheitskonzepte für Veranstaltungen-Grundlagen für Behörden, Betreiber und Veranstalter*, 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, S.

3.2.2 Schutzziele

Die Schutzziele sind Festlegungen, ergeben sich aus dem Ergebnis der Gefährdungsanalyse und sind die Aussage über ein minimales Sicherheitsniveau. Bei der Schutzzieldefinition wird das Risiko als mögliche, nicht auszuschließende Erreichung unerwünschter Zustände verstanden. Obwohl einige Risiken als akzeptabel bewertet werden können, werden andere als inakzeptabel bewertet. Beim Schutzziel liegen alle Risiken im akzeptablen Bereich und die Gefahr besteht darin, dass die Risiken inakzeptabel werden.

Ziel ist es also, dass alle Risiken, dem akzeptablen Bereich zugeordnet werden können, indem man sie zum Beispiel mit Maßnahmen zur Verhinderung oder Verringerung des Schadens beeinflusst.³¹ Schutzziele dienen außerdem zur Transparenz der notwendigen Maßnahmen und Vorkehrungen.³²

Diese Schutzziele dienen als Grundlage der MVStättV und lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

Die MVStättV schützt überwiegend Besucher der Versammlungsstätte. Ein sicherer Aufenthalt der Personen in der Versammlungsstätte soll gewährleistet werden. Die sichere und schnelle Evakuierung von Personen aus der Versammlungsstätte muss gewährleistet sein. Mit Personen sind alle Personen in der Versammlungsstätte gemeint, hierbei darf man aber nie vergessen, dass der größte Teil der Personen in der Regel die Besucher der Veranstaltung sind.

Oberstes Schutzziel ist es, dass Personen in der Versammlungsstätte keine körperlichen Schäden erleiden, somit also der Schutz von Leben und Gesundheit der Besucher, der Mitwirkenden, der Mitarbeiter und Anlieger.³³ Außerdem sollen alle Wertsachen, die sich auf dem Veranstaltungsgelände befinden unter Schutz stehen, dies können Infrastrukturen, Bestände und Denkmäler, sowie Bauwerke oder technische Anlagen sein. Auch der Schutz der Umwelt muss beachtet werden. Hierzu zählen Wasser, Luft, Boden und Emissionen. Eine gewisse Informationssicherheit (Vertraulichkeit, Integrität, Verfügbarkeit) muss vorhanden sein und die Gewährleistung eines ungestörten Geschäftsbetriebes.

Diese aufgestellten Schutzziele müssen im Sicherheitskonzept verankert sein und der Nachweis erbracht werden, dass diese erreicht werden.

³¹ Vgl. Arbeitsgruppe Veranstaltungssicherheit der Fachhochschule Köln (2012): *Sicherheitskonzepte für Veranstaltungen Hinweise und Anmerkungen für die Ausarbeitung*, Köln, Berlin, S. 16

³² Vgl. AGBF Bund, 2009, S. 2

³³ Vgl. Klode, Kerstin (2007): *Muster-Versammlungsstättenverordnung: Organisation von Versammlungsstätten*, 1., Auflage, Berlin, S. 25

Als allgemeine Schutzziele könnten benannt werden:

- Sicherstellung des Grundrechtes „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“
- Verantwortungsvolles Handeln aller Beteiligten
- Ungestörter, positiver Verlauf der Veranstaltung
- Einhaltung der betrieblichen Schutzziele, welche sich aus gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen ergeben³⁴

3.2.3 Risikoanalyse und -bewertung

Risiken lassen sich von Gefahren ableiten. Gefahren sind Umstände, die durch ihr Eintreten eine unerwünschte und schädigende Wirkung auslösen. Risiken wiederum lassen sich durch die „Eintrittshäufigkeit“ und das „mögliche Ausmaß“ dieser Gefahren beschreiben.³⁵

Risiken beruhen also auf der Wahrscheinlichkeitsrechnung: Risiken deren Eintritt als gering wahrgenommen werden kann, verlangen nur geringe Schutzvorkehrungen. Risiken mit höherer Eintrittswahrscheinlichkeit verlangen die Einhaltung der Gesetze und Vorschriften um die von ihnen ausgehende Gefahr zu minimieren.³⁶

Um die möglichen Risiken zu analysieren wird eine Risikoanalyse durchgeführt. Bei jener werden zum einen möglichen Risiken wie etwa Brand, Explosion, Stromausfall, Einsturz, Sturm, Vandalismus, Gedränge, Erkrankungen, Vermisstenmeldungen oder auch Bedrohungen von außen betrachtet. Zudem werden die Werte betrachtet, welche davon betroffen sind: Personen, Gebäude, Gelände oder auch der Bestand. Der dritte Punkt der Risikoanalyse sind die Verursacher, diese können sein: höhere Gewalt, technisches oder menschliches Versagen.

Die Risikoanalyse dient dem Verständnis der Hintergründe eines jeden Risikos sowie einem besseren Verständnis des Gesamtrisikos. Sie erleichtert die Bewertung des Risikos im Hinblick auf eine zielgerichtete und effektive Risikoreduktion. Sie fließt in die Risikobewertungen ein und hilft zu entscheiden, ob und welche Maßnahmen zur Bewältigung des Risikos anzuwenden sind.

³⁴ Vgl. Meier, Roland G. (2014): *Sichere Veranstaltungen im Kontext der Unternehmenssicherheit*, München, S. 11f.

³⁵ Vgl. Arbeitsgruppe Veranstaltungssicherheit, 2012, S. 20ff.

³⁶ Vgl. Paul; Sakschewski; Ebner; Klode, 2014, S.87f.

Die analysierten Risiken werden im Hinblick auf die Gefährdung der festgelegten Schutzziele beurteilt. Gemäß dieser Beurteilung werden die einzelnen Risiken hinsichtlich der Merkmale Häufigkeit und Ausmaß meist in einer Matrix dargestellt.

Diese Matrix ist in die Bereiche des akzeptablen und inakzeptablen Risikos geteilt, wobei es meist einen Übergangsbereich gibt. In diesem Bereich ist für jeden Einzelfall zu entscheiden ob Maßnahmen zur Senkung des Risikos getätigt werden müssen.³⁷

Untenstehende Tabelle verbildlicht das mögliche Aussehen einer solchen Risikomatrix. Dabei stellt der grüne Bereich, den des akzeptablen Risikos dar, im roten Bereich findet man das inakzeptable Risiko und gelb ist der Übergangsbereich.

Abbildung 3: Risiko-Matrix

| | | Schadensausmaß | | |
|-----------------------------|---------|----------------|--------|------|
| | | Gering | Mittel | Hoch |
| Eintrittswahrscheinlichkeit | Häufig | | | |
| | Ab & Zu | | | |
| | Selten | | | |

Tabelle 1: Risikomatrix

Quelle: eigene Darstellung, in Anlehnung an Nohl: QUMedia GbR (2014): Gefährdungsbeurteilung-Risikobewertung nach Nohl, Freiburg

Werden die Risiken falsch bewertet so wird das Restrisiko erhöht und die Sicherheit gefährdet. Deshalb ist auf eine präzise und genaue Beurteilung und Bewertung zu achten. Zur Bewertung des Risikos und die daraus resultierende Anzahl an benötigten Hilfskräften werden meist drei verschiedene Modelle angewandt:

Das Maurer-Schema ist ein von Klaus Maurer entwickeltes Verfahren um das Risiko einer Großveranstaltung zu bewerten. Mit einem einfachen Algorithmus kann ermittelt werden in welchem Umfang Sanitäts- und Rettungsdienste bei der geplanten Veranstaltung haben sollten.

³⁷ Vgl. Arbeitsgruppe Veranstaltungssicherheit, 2012, S. 23

Dem Algorithmus liegen Erfahrungswerte zugrunde und er ist in Deutschland sowie Österreich anerkannt. In vielen Kommunen fließen die Ergebniszahlen sogar in das Genehmigungsverfahren für Großveranstaltungen ein. Er bildet eine gute Grundlage zur oben genannten Kategorisierung von Veranstaltungen, da für die Grundbewertung der Besucherzahl Risikofaktoren einbezogen werden, welche z.B. sein können: die Art der Veranstaltung, die Anzahl teilnehmender VIPs oder die Gefahrenneigung als Einschätzung der Polizei.

Ein weiteres Berechnungsmodell ist das Berliner Modell. Es wurde von der Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr sowie den Hilfsorganisationen entwickelt. Dieses Konzept dient ebenfalls der Bemessung von Sanitätsdiensten für Veranstaltungen.

Hierbei werden die Veranstaltungen in drei Risikogruppen eingeteilt: einfaches, mittleres und hohes Risiko. Diesen kann eine Anzahl gleichzeitig anwesender Besucher zugeordnet werden. Daraus werden dann die erforderlichen Kapazitäten berechnet. Ab 100.000 Besuchern muss eine Anpassung vorgenommen werden, da das Berliner Modell nur Aussagen bis zu dieser Zahl erlaubt. Anders als beim Maurer-Schema werden hier die unterschiedlichen Kriterien wie Art oder Anzahl der teilnehmenden VIPs vermischt.

Auch oft genutzt wird der Kölner Algorithmus welcher 2006 in Deutschland entwickelt wurde um sich auf die bevorstehende Fußball WM vorzubereiten. Er wird vor allem zur Bedarfsplanung eingesetzt aber dient auch zur Planung der Rettungs- und Sanitätsdienste.³⁸

Diese drei Verfahren werden in der Praxis häufig und regelmäßig eingesetzt um die Einsatzkräfte zu berechnen. Sie sind erprobt und schaffen eine einheitliche und vertraute Basis. Sie sind also nicht nur theoretisch sehr gut sondern werden auch in der Praxis verwendet. Deshalb hat die Typisierung von Veranstaltungen nach schutzzielorientierten Parametern den Vorteil der gelebten Praxis. Allerdings darf diese Praxisnähe nicht täuschen, denn auch diese Systeme stellen nur Verallgemeinerungen dar, welche auf langjährigen Erfahrungen basieren und deren Rechnungen nicht den physikalischen Regeln entsprungen sind.

Nachdem man alle Risiken erkannt, analysiert und bewertet hat können dann die besagten Sicherheitsmaßnahmen abgeleitet werden.

38 Vgl. Paul; Sakschewski; Ebner; Klode, 2014, S. 14f.

Generell ist es das Ziel, dass alle Risiken auf ein akzeptables Niveau gebracht werden. Das sogenannte Restrisiko muss jeder für sich selbst definieren.

Diese Maßnahmen zur Minderung des Risikos können zum Beispiel Brandschutzmaßnahmen sein oder der Einsatz eines Ordnungs- und Sicherheitsdienstes. Im Vorfeld können die Risiken auch durch Versicherungen abgedeckt werden oder bereits nach der Risikobewertung akzeptiert werden.

3.3 Rechtliche Grundlagen

In das Gebiet des Veranstaltungsrechts fließen sehr viele unterschiedliche Rechtsgebiete ein. Im Hinblick auf die Sicherheit der Veranstaltung kann man jedoch einige Gebiete vernachlässigen wie z.B. das Urheberrecht. Diese werden also im folgenden nicht näher beleuchtet.³⁹

Da im Falle der Veranstaltungssicherheit verschiedene Gesetze und Verordnungen beachtet werden müssen, möchte ich kurz den Unterschied zwischen Gesetz und Verordnung erläutern. Gesetze sind Teil des formellen Rechts und werden durch die Legislative erlassen, dies können zum Beispiel der Bundestag oder die Länderparlamente sein. Verordnungen zählen zum materiellen Recht und werden durch die Exekutive erlassen, hierzu zählen zum Beispiel die öffentlichen Verwaltungen. Deshalb ist bei relevanten Verordnungen wie etwa der Bauordnung zu bemerken, dass sie in jedem Bundesland unterschiedlich sein kann und es keine einheitliche Regel für Gesamtdeutschland gibt. Für jede Verordnung die erlassen werden soll, muss jedoch eine Verordnungsermächtigung in Gesetzesform vorliegen.

Insbesondere muss die Erforderlichkeit behördlicher Genehmigungen im Hinblick auf die Sicherheit geprüft werden. Genehmigungen können für folgendes erforderlich sein: Arbeitszeit an Sonn- und Feiertagen, Denkmalschutz, Verwendung von Fotos, Gesundheitsbelehrung, Feuerwerk, Lärm, Musikkwiedergabe, Schankerlaubnis, Veranstaltungen auf öffentlichen Verkehrsflächen und viele mehr.

Die sicherheitsrelevanten Gebiete werden im folgenden beschrieben.

39 Vgl. Paul; Sakschewski; Ebner; Klode, 2014, S. 71

3.3.1 Gewerberecht

Da bei vielen Veranstaltungen der Charakter eines Volksfestes vorherrscht, muss auch immer die Gewerbeordnung beachtet werden. Hier sind zum Beispiel die Anzeigepflicht zu beachten oder auch das Ladenschlussgesetz.

Wenn der Anwendungsbereich der §§ 69, 60b Abs. 2 Gewerbeordnung (GewO) eröffnet ist, bieten die Normen einen ausreichenden Schutz, wenn die Großveranstaltungen als Volksfeste, Messen, Ausstellungen, Groß-, Wochen-, Spezial- oder Jahrmärkte organisiert sind und eine Festsetzung durch die Gemeinde zur Erlangung von Marktprivilegien beantragt wird.

Nach gewissen Vorschriften ist ein Antrag auf Festsetzung allerdings abzulehnen, wenn die Durchführung der Veranstaltung dem öffentlichen Interesse widerspricht. Dabei eröffnet sich eine Möglichkeit zur Gefahrenverhütung. Insbesondere wenn also der Schutz der an der Veranstaltung teilnehmenden Gäste bzw. Besucher vor Gefahren für Leib, Leben oder Gesundheit nicht gewährleistet ist oder sonstige erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu befürchten sind, kann ein Festsetzungsantrag bereits abgelehnt werden. Wird nur die Marktfestsetzung abgelehnt, ist dies nicht einem Veranstaltungsverbot gleichzusetzen. Es bedeutet lediglich, dass die Veranstaltung keine Marktprivilegien in Anspruch nehmen kann.⁴⁰

Wenn eine Festsetzung erfolgt ist, können weitere Auflagen erhoben werden. Es genügt wenn diese Auflagen dem öffentlichen Interesse dienen. So zum Beispiel der Schutz der Besucher oder eben die Abwehr von Dingen welche die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden. Das bedeutet, dass Auflagen nicht erst bei Vorliegen von Gefahren zu deren Abwehr erlassen werden, sondern diese auch schon zur Risikoprävention erlassen werden können.⁴¹

Die genannten gewerberechtlichen Vorschriften bieten nur eingeschränkten Schutz, da sie sich lediglich auf Messen, Groß-, Wochen-, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste und Messen beziehen, für die eine Festsetzung beantragt wurde. Für diese Veranstaltungen jedoch bietet der Rahmen des Gewerberechts alle notwendigen Möglichkeiten um vom Verantwortlichen ausreichende Sicherheitsmaßnahmen einzufordern.

40 Vgl. dejure.org Rechtsinformationssysteme GmbH (2015): Gewerbeordnung, Mannheim

41 Vgl. Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, 2013, S.22

3.3.2 Bauordnungsrecht

Je nach Art der Veranstaltung muss der Veranstalter baurechtliche Vorschriften beachten. So müssen teilweise Baugenehmigungen eingeholt werden oder bei vorhandenen Locations geprüft werden ob in Hinsicht auf das Baurecht, der Ort seiner Bestimmung entspricht.“⁴²

Veranstaltungen unterliegen dem Bauordnungsrecht, wenn bauliche Anlagen betroffen sind. Die Bauordnungen sind von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich. Im folgenden ein Auszug aus der hessischen Bauordnung:

„Nach § 1 Abs. 1 der Hessischen Bauordnung (HBO) fallen bauliche Anlagen und Bauprodukte in den Anwendungsbereich der HBO. Darüber hinaus unterliegen Grundstücke und andere Anlagen und Einrichtungen nur der HBO, wenn an diese in der HBO oder in Vorschriften aufgrund der HBO Anforderungen gestellt werden. § 1 Abs. 2 grenzt den Anwendungsbereich weiter ein, weil diese dort genannten Anlagen einem anderen Rechtsbereichen unterliegen. Hierzu gehören z.B. Anlagen des öffentlichen Verkehrs oder des nicht öffentlichen Luftverkehrs.

1. Versammlungsstätten

Veranstaltungen, die dem Anwendungsbereich der HBO unterfallen, können Sonderbauten im Sinne des § 2 Abs. 8 Nr. 6 HBO sein. An diese können im Einzelfall auf Grundlage des § 45 HBO zur Verwirklichung der allgemeinen Schutzziele des § 3 HBO besondere Anforderungen gestellt sowie Erleichterungen gestattet werden. Mit Erlass vom 3. Dezember 2010 ist die Muster- Versammlungsstättenverordnung (MVStättV) in Hessen als Richtlinie eingeführt und bei der Beurteilung von Versammlungsstätten im Baugenehmigungsverfahren heranzuziehen.

Nach § 2 Abs. 8 Nr. 6 a) und c) HBO sind Gebäude mit Versammlungsräumen, die einzeln mehr als 200 Besucher oder mehrere Versammlungsräume mit gemeinsamen Rettungswegen die insgesamt mehr als 200 Besucher fassen, sowie Sportstadien für mehr als 5.000 Besucher Sonderbauten.

Räume, die für den Gottesdienst gewidmet sind, wie Kirchen, Moscheen, Synagogen etc. und die mehr als 200 Besucher fassen, sind Versammlungsstätten im Sinne der Nr. 6 a). Diese fallen jedoch nicht unter den Anwendungsbereich der MVStättV (vgl. § 1 Abs. 3 Nr.1 MVStättV). Besondere Anforderungen oder Erleichterungen sind in diesen Fällen im Einzelfall aufgrund § 45 HBO möglich.

Nach Nr. 6 b) sind Versammlungsstätten im Freien mit Szenenflächen, deren Besucherbereiche mehr als 1.000 Besucher fassen und die ganz oder teilweise aus baulichen Anlagen bestehen, Sonderbauten. Hierunter fallen ortsfeste, auf Dauer angelegte Anlagen. Insbesondere werden ortsfeste Anlagen mit tribünenartiger Anordnung der Besucherbereiche wie Freilichttheater, Anlagen für den Rennsport oder Reitbahnen erfasst. Veranstaltungen mit temporären Szenenflächen innerhalb ortsfester baulicher Anlagen erfüllen auch den Sonderbautatbestand. Veranstaltungen auf Freiflächen wie Musikfestivals werden nicht erfasst.

Werden bei Veranstaltungen im Freien temporär Tribünen oder Bühnen aufgestellt, handelt es sich um Fliegende Bauten.

Gebäude bzw. bauliche Anlagen die bisher keine Versammlungsstätten sind und in denen in der Zukunft Veranstaltungen vorgesehen sind, die einen der Tatbestandsmerkmale des § 2 Abs. 8 Nr. 6 HBO erfüllen, bedürfen einer entsprechenden Genehmigung.

⁴² Vgl. Risch, Mandy; Kerst, Andreas (2011): *Eventrecht kompakt: Ein Lehr- und Praxisbuch mit Beispielen aus dem Konzert- und Kulturbetrieb*, 2., bearb. Und erw. Auflage, S. 409ff.

2. Fliegende Bauten

Fliegende Bauten sind Sonderbauten nach § 45 HBO an die im Einzelfall zur Verwirklichung der allgemeinen Schutzziele des § 3 HBO besondere Anforderungen gestellt sowie Erleichterungen gestattet werden können. Näheres zur Ausführungsgenehmigung und Gebrauchsabnahme von Fliegenden Bauten regelt § 68 HBO. Für Fliegende Bauten sind die Muster-Verwaltungsvorschriften über Ausführungsgenehmigungen für Fliegende Bauten und deren Gebrauchsabnahmen – Fassung Februar 2007 – und die Muster-Richtlinie über den Bau und Betrieb Fliegender Bauten – Fassung Februar 2007 – der Fachkommission "Bauaufsicht" der ARGEBAU durch Erlass vom 11. Januar 2008 (StAnz. S. 243) bauaufsichtlich bekannt gemacht.

II Aufgaben der Bauaufsichtsbehörden

1. Versammlungsstätten

Versammlungsstätten, die Sonderbauten sind, sind im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens nach § 58 HBO durch die Bauaufsichtsbehörden auf Einhaltung der öffentlich-rechtlichen Vorschriften zu prüfen.

Die Bauaufsichtsbehörden sind angehalten, die mit Erlass vom 3. Dezember 2010 bauaufsichtlich bekannt gemachte Muster- Versammlungsstättenverordnung (MVStättV) bei der Beurteilung von Versammlungsstätten im Baugenehmigungsverfahren zu beachten. Diese Richtlinie regelt neben baulichen Maßnahme die Notwendigkeit zur Aufstellung eines Sicherheitskonzeptes. Sofern es aufgrund des § 43 Abs. 1 und 2 MVStättV notwendig ist, dass der Betreiber ein Sicherheitskonzept erstellt, ist dieses als Teil der Bauunterlagen der Bauaufsichtsbehörde zur Prüfung vorzulegen.

Die untere Bauaufsichtsbehörde kann, sofern sie selber nicht über Personal mit der notwendigen Fachkompetenz zur Prüfung des Sicherheitskonzeptes verfügt, zur dieser Aufgabe Sachverständige hinzuziehen (vgl. § 53 Abs. 3 HBO).

Entsprechend § 43 Abs. 2 MVStättV ist das Einvernehmen der „für Sicherheit oder Ordnung zuständigen Behörden, insbesondere der Polizei, der Feuerwehr und der Rettungsdienste“ mit dem Sicherheitskonzept erforderlich. Im Baugenehmigungsverfahren sind diese Stellen durch die Bauaufsichtsbehörden zu beteiligen. Darüber hinaus kann die Beteiligung weiterer Behörden (z. B. der Ordnungsbehörden) in Abhängigkeit von Art und Umfang der Veranstaltung notwendig sein.

Änderungen am Sicherheitskonzept sind nur im Einvernehmen mit oben genannten Behörden zulässig und bedürfen der erneuten Prüfung durch die untere Bauaufsichtsbehörde.

Die Bauaufsichtsbehörden haben „für die Einhaltung der öffentlich-rechtlichen Vorschriften und der aufgrund dieser Vorschriften erlassenen Anordnungen“ zu sorgen. Dies schließt auch die Überwachung der Einhaltung der organisatorischen Vorgaben entsprechend dem Sicherheitskonzept ein. Die zur Überwachung erforderlichen Maßnahmen haben die Bauaufsichtsbehörden nach pflichtgemäßem Ermessen zu treffen (§ 53 Abs. 2 HBO). Mögliche Maßnahmen sind Ortsbegehungen und die Forderung der Vorlage von Nachweisen und Bescheinigungen. Die Anwesenheit der Bauaufsichtsbehörden vor Ort ist nicht zwingend erforderlich, wenn durch vor Ort präsente Sicherheitskräfte die Einhaltung der Vorgaben des Sicherheitskonzeptes gewährleistet ist.

2. Fliegende Bauten

Fliegende Bauten, die einer Ausführungsgenehmigung bedürfen, sind der Bauaufsichtsbehörde des Aufstellungsortes unter Vorlage des Prüfbuches mindestens drei Tage vor Inbetriebnahme schriftlich anzuzeigen. Es liegt im Ermessen der Bauaufsichtsbehörde die Inbetriebnahme von einer Gebrauchsabnahme abhängig zu machen. Das Ergebnis der Abnahme ist in das Prüfbuch einzutragen.“⁴³

43 Hessisches Ministerium des Innern für Sport (2015): *Bauordnungsrecht*, Wiesbaden

Für die Vielzahl aller Veranstaltungen, welche auf öffentlichen Wegen und Plätzen veranstaltet werden ist eine Sondernutzungsgenehmigung einzuholen. In der Regel bekommt man diese bei der Straßenbaubehörde.

Zwar sind die Sonderbauverordnungen die einzigen gesetzlichen Regelungen, welche besagen, dass dem Veranstalter ein Sicherheitskonzept abverlangt werden muss, jedoch kann das nur auf bestimmte Fälle angewandt werden.

Insgesamt ist das Bauordnungsrecht also kein umfassendes Werk, welches die Umsetzung sicherheitsrechtlicher Maßnahmen bei Veranstaltungen fordert.⁴⁴

3.3.3 Muster-Versammlungsstättenverordnung

Die MVStättV (Muster- Versammlungsstättenverordnung) ist eine Musterverordnung mit Bestimmungen für den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten. Auf deren Basis bauen die Versammlungsstättenverordnungen der Länder auf. Diese sind also von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich, sie füllen die jeweiligen Landesbauordnungen näher aus und ergänzen, erleichtern oder erschweren diese. Diese Landesversammlungsstättenverordnungen sind Durchführungsvorschriften zur jeweiligen Landesbauordnung, welche sich auf die Besonderheiten von Versammlungsstätten spezialisieren. Mit der MVStättV soll versucht werden eine einheitliche Regelung auf Bundesebene zu schaffen. Sie wurde 2002 von der Bauministerkonferenz (ARGEBAU) erstellt. 2005 fand eine Überarbeitung hinsichtlich veränderter Rahmenbedingungen und Abweichungen statt und auch 2014 wurde dieser Entwurf noch einmal überarbeitet. Zumindest in den wesentlichen Punkten haben die Bundesländer die MVStättV als Verordnungen oder Richtlinien umgesetzt. Regelungen zum Bau und Betrieb von Versammlungsstätten gibt es in Deutschland sein über 100 Jahren. Für den Veranstalter ist es also von Bedeutung sich nach der jeweils gültigen Versammlungsstättenverordnung des Bundeslandes zu erkundigen. Das Ziel dieser Verordnung ist vor allem der möglichst optimale Schutz von Personen während des Aufenthaltes in der Versammlungsstätte sowie die rasche Räumung bei Eintritt von Gefahren. Aber auch die Deregulierung ist ein Ziel: alle vorhandenen Vorschriften sollen auf ein Drittel reduziert werden und die Eigen- bzw. Betreiberverantwortung gestärkt. Die MVStättV wird auf Veranstaltungsstätten sowie auf baulichen Anlagen angewandt, welche vorübergehend für eine Veranstaltung genutzt werden.

44 Vgl. Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, 2013, S. 22ff.

Die Vorschriften der MVStättV sind nicht für Räume die dem Gottesdienst dienen anzuwenden, auch Unterrichtsräume in Schulen, Ausstellungsräume in Museen, Versammlungsstätten mit geringerem Mindestbesuchervolumen und fliegende Bauten zählen müssen sich nicht nach der MVStättV richten.⁴⁵

Sie besteht aus 7 Teilen. Im ersten Teil werden allgemeine Vorschriften, wie der Anwendungsbereich und verschiedene Begrifflichkeiten geklärt. In Teil 2 und 3 werden zuerst allgemeine und danach die besonderen Bauvorschriften erläutert, welche beim Bau einer Versammlungsstätte beachtet werden müssen. Hier geht es zuerst um Bauteile und Baustoffe innerhalb der Versammlungsstätte. Diese müssen zum Teil feuerbeständig oder feuerhemmend sein und die Baustoffe teilweise auch aus nichtbrennbarem Material. Auch Vorschriften für Rettungswege und deren Breite, sowie für Besucherplätze sind in diesem Teil zu finden. Rettungswege müssen pro Geschoss zwei unterschiedliche vorhanden sein, welche ins Freie führen. Diese Rettungswege müssen mindestens 1,20 Meter breit sein und mit steigender Besucherzahl erweitert sich dieser Richtwert. Die Entfernung der Besucherplätze bis zum Ausgang sollte maximal 30 Meter betragen.

Toiletten müssen für die Geschlechter getrennt vorhanden sein sowie in jedem Geschoss in bestimmter Anzahl angeordnet werden. Zum Brandschutz gibt es Bestimmungen für Trennwände und Rauchableitung sowie Feuerlösch- und Alarmeinrichtungen. Diese findet man im Abschnitt technische Anlagen und Einrichtungen, besondere Räume. Die besonderen Bauvorschriften regeln den Umgang mit Großbühnen und Versammlungsstätten mit mehr als 5.000 Plätzen für die Besucher. Hier müssen ausreichend große Räume für Polizei und Feuerwehr vorhanden sein sowie ein Raum für eine Lautsprecherzentrale aus welcher Rettungsdienste etc. benachrichtigt werden können. Zudem wird die Abschränkung der Besucherbereiche geregelt, welche durch mindestens 2,20 Meter hohe Zäune abgetrennt werden müssen und mindestens 1,80 Meter breite Tore enthalten müssen, welche sich im Gefahrenfall leicht öffnen lassen.

Teil 4 enthält die Betriebsvorschriften, welche für den Betrieb von Versammlungsstätten geltend sind. Auch hier werden als erstes Aussagen zu Rettungswegen, Besucherplätzen und dem Bestuhlungsplan getroffen.

Zum Brandschutz wird wieder das Material der Requisiten, Ausstattungen, Vorhänge und Sitze benannt, welche aus mindestens schwer- oder normalentflammbarem Material bestehen müssen.

⁴⁵ Vgl. Leitzke, Ansgar (2012): *Versammlungsstätten- Brandschutzkonzept und Umsetzungsmöglichkeiten*, Frankfurt/Main, S.12ff.

Rauchen ist auf den Bühnen und Szeneflächen, in Werkstätten und Magazinen verboten, es sei denn das Rauchen der Darsteller und Mitwirkenden begründet die Art der Veranstaltung. Kerzen und ähnliche Lichtquellen zur Tischdekoration sowie die Verwendung von Feuer im Küchenbereich zur Speisezubereitung sind hingegen erlaubt. Außerdem ist das Verwenden von offenem Feuer, brennbaren Flüssigkeiten und Gasen, pyrotechnischen Gegenständen und anderen explosionsgefährlichen Stoffen verboten, außer die Verwendung dieser wird in der Art der Veranstaltung begründet und alle erforderlichen Brandschutzmaßnahmen wurden durch den Veranstalter mit der Feuerwehr abgestimmt.

Das wichtigste im Teil 4 ist aus Verfassersicht der Abschnitt 4, welcher die verantwortlichen Personen benennt und deren Pflichten aufzeigt. Somit ist der Betreiber für die Einhaltung aller Vorschriften verantwortlich, kann seine Verpflichtungen aber durch eine schriftliche Vereinbarung auf den jeweiligen Veranstalter übertragen, wenn dieser mit der Einrichtung vertraut ist.

Weitere Verantwortliche Personen der Versammlungsstätte sind die Verantwortlichen für die Veranstaltungstechnik, für welche die jeweiligen Aufgaben und Pflichten ebenfalls festgehalten sind. Bei Veranstaltungen mit einer erhöhten Brandgefahr hat der Betreiber eine Brandsicherheitswache einzurichten und diese zählt demnach auch zu oben genannten Personen. Mit dieser Brandschutzdienststelle ist eine Brandschutzordnung aufzustellen und durch einen Aushang bekannt zu machen.⁴⁶

In §43 wird erwähnt, dass der Betreiber ein Sicherheitskonzept aufzustellen und einen Ordnungsdienst einzurichten hat, wenn die Art der Veranstaltung es erfordert. Auch für Versammlungsstätten mit mehr als 5000 Besuchern ist immer ein Sicherheitskonzept zu erstellen, das geschieht im Einvernehmen mit den zuständigen Behörden, sowie der Polizei, Feuerwehr und der Rettungsdienste. Weiteres zum Sicherheitskonzept wird im nächsten Inhaltspunkt erläutert.

Teil 5 regelt zusätzliche Bauvorlagen wie das Vorlegen des Brandschutzkonzeptes, eines Bestuhlungs- und Rettungswegplans oder des Außenanlagenplans-

Im Falle von wiederkehrenden Gastspielveranstaltungen kann auf schriftlichen Antrag ein Gastspielprüfbuch erteilt werden.

Teil 6 richtet sich an bestehende Versammlungsstätten, welche bestimmte Vorschriften der Verordnung nach dem In-Kraft-Treten anzupassen haben.

⁴⁶ Vgl. Risch, Kerst, 2011, S. 415 ff.

Im letzten Teil werden Schlussvorschriften abgehandelt welche sich auf die Ordnungswidrigkeit von handelnden Personen in Bezug auf die Verordnung beziehen.⁴⁷

Die MVStättV ist eine der wichtigsten, wenn nicht sogar die wichtigste Verordnung in Hinblick auf die Veranstaltungssicherheit.

3.3.4 Versammlungsrecht

Da sich bei einer Veranstaltung eine unbestimmte Anzahl von Menschen versammelt, ist auch das Versammlungsrecht zu beachten.

Es regelt die nach Artikel 8 GG gewährten Einzelheiten des Grundrechts der Versammlungsfreiheit. Kann diese allerdings auch einschränken, zum Beispiel durch die Pflicht der vorherigen Anmeldung von Versammlungen oder Aufzügen unter freiem Himmel. Die Behörde kann bestimmte Auflagen erlassen oder sogar die Versammlung untersagen, wenn sie die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet.⁴⁸

3.3.5 Arbeitsschutzgesetz

Das Arbeitsschutzgesetz ist das Grundgesetz des Arbeitsschutzes. Ziel des Arbeitsschutzgesetzes ist die Sicherheit und der Gesundheitsschutz der Beschäftigten. Die Inhalte sind Pflichten des Arbeitgebers, Pflichten und Rechte der Beschäftigten, Verordnungsermächtigungen und eine gemeinsame deutsche Arbeitsschutzstrategie.

Die Maßnahmen des Arbeitsschutzes dienen der Verhütung von Unfällen am Arbeitsplatz sowie dem Schutz vor Gesundheitsgefährdungen und der Sicherstellung einer menschengerechten Arbeit. Beim Bühnenaufbau hat der Veranstalter also beispielsweise für seine Arbeitnehmer Schutzkleidung bereitzustellen.

Dem § 5 des Arbeitsschutzgesetzes ist zu entnehmen, dass der Arbeitgeber ermittelt, welche Gefährdungen am Arbeitsplatz vorhanden sind und welche Maßnahmen erforderlich sind, um diese zu minimieren oder sogar aufzuheben. Die Gefährdungsbeurteilung ist zu dokumentieren.⁴⁹

Vor allem in der Veranstaltungsbranche muss man weitere arbeitsschutzrechtlicher Vorschriften beachten. Diese werden im folgenden kurz erläutert:

47 Vgl. MVStättVO der ARGEBAU 2005

48 Vgl. Hermann Schlüter (2012): *Rechtslexikon Versammlungsgesetz*, Panama City

49 Vgl. Arbeitsschutzgesetz (1996)

Das Arbeitsgesetz regelt die arbeitsschutzrechtlichen Obergrenzen der Arbeitszeit. Die werktägliche Arbeitszeit beträgt nach § 3 ArbZG grundsätzlich 8 Stunden, kann allerdings auf 10 ausgedehnt werden. Die Arbeitnehmer müssen nach Beendigung dieser Zeit eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 11 Stunden haben. Oft wird sich daran bei Veranstaltungen nicht gehalten, wenn man bedenkt, dass zwischen dem Auf- und Abbau nur wenige Stunden liegen können und gerade bei einer Konzert Tournee, nach einem Abbau auch schon die Abreise und der nächste Aufbau folgen.

Das Jugendarbeitsschutzgesetz erfasst alle jugendlichen Arbeitnehmer. Hierbei sind vor allem die Beschäftigungsverbote sowie behördliche Ausnahmen für Veranstaltungen von Bedeutung.⁵⁰

3.3.6 Jugendschutzgesetz

Das JuSchG behandelt hauptsächlich die Bereiche Jugendschutz in der Öffentlichkeit und Jugendschutz im Bereich der Medien. Für den Veranstalter ist vor allem Bereich eins relevant und interessant. Durch diesen kann zum Beispiel die Verweildauer auf Veranstaltungen sowie der Zugang zu diesen geregelt werden. Um den Jugendschutz zu gewähren, ist es erforderlich Kindern und Jugendlichen den Zutritt zu Veranstaltungen nur unter gewissen Voraussetzungen zu gewähren. Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren ist der Zutritt nur gestattet, wenn sie eine personenberechtigte Begleitung dabei hat oder einen Erziehungsbeauftragten (§5 Abs. 1 S. 1 HS JuSchG). Wenn die Veranstaltung von einem anerkannten Träger der Jugendhilfe durchgeführt wird oder der künstlerischen Betätigung sowie der Brauchtumspflege dient, dann ist der Zutritt für Kinder unter 14 Jahren bis 22:00Uhr gestattet und für Jugendliche unter 16 bis 24:00 (§5 Abs. 2 JuSchG). Jugendlichen ab 16 Jahren ist der Zutritt zur Veranstaltung nur bis 24:00Uhr gestattet, wenn sie nicht in Begleitung einer personen- oder erziehungsbeauftragten Person sind. Das Gesetz schreibt keine Form für eine Erziehungsbeauftragung vor. Solche erziehungsbeauftragten Personen können die volljährigen Geschwister, Großeltern und Verwandte sein. Aber auch Lehrer/-innen, Betreuer/-innen oder Ausbilder/-innen können dazu zählen. Die Erziehungsbeauftragung muss immer vom Personensorgeberechtigten unterschrieben werden. Außerdem regelt das JuSchG den Ausschank alkoholischer Getränke an Jugendliche und den Tabakkonsum. Diese sind in den §§ 9 und 10 JuSchG festgeschrieben.

50 Vgl. Risch, Kerst, 2011, S.112

Alkoholische Getränke dürfen an Kinder und Jugendliche nicht abgegeben werden und der Verzehr dieser ist zu untersagen. Geregelt ist auch, welche alkoholischen Getränke an Jugendliche über 16 Jahren abgegeben werden dürfen. Wenn die Kinder und Jugendlichen in Begleitung einer personenberechtigten Person sind, ist die Abgabe dieser auch erlaubt.

Rauchen in der Öffentlichkeit ist für alle Kinder und Jugendlichen Verboten und es dürfen keine Tabakwaren (auch nicht an Automaten) abgegeben werden.

Der Veranstalter hat nach §3 Abs. 1 JSchG die für seinen Betrieb geltenden Vorschriften des JSchG insbesondere die oben genannten durch deutlich sichtbare und leserliche Aushänge bekannt zu geben.⁵¹

3.3.7 Regelungen und Richtlinien im Brandschutz

Es gibt Gesetze, Vorschriften, Verordnungen und Ordnungen die den Brandschutz auf allgemeiner Ebene und im Speziellen regeln und sicherstellen sollen. Technische Details zum Brandschutz werden durch DIN-Normen geregelt.

Die rechtlichen Grundlagen des Brandschutzes finden sich im Arbeitsschutzrecht, im Baurecht und in anderen Rechtsnormen für öffentliche Sicherheit und Ordnung des Bundes und der Länder.

Brandschutzverordnungen enthalten Gestaltungs- sowie Verhaltensvorschriften zum Brandschutz. Ziel dieser ist es Brandgefährdungen durch Handlungen oder Zustände zu benennen und deren Unterlassung durchzusetzen.

Die Brandschutzordnung hingegen soll das Verhalten der Personen innerhalb eines Gebäudes bzw. Betriebes regeln, im Falle eines Brandes. Außerdem beinhaltet sie Maßnahmen zur Verhütung von Bränden. Die Brandschutzordnung hat den gleichen Stellenwert wie eine Hausordnung.

Die genannten DIN-Normen, im speziellen die DIN 4102 „Brandverhalten von Baustoffen“ beschreibt das Brandverhalten von Baustoffen und Bauteilen. Diese Norm gehört zur Bauordnung und ist ein wichtiger Bestandteil dieser. Sie definiert den Brennbarkeitsgrad der Baustoffe und zeigt daraus folgend die Baustoffklassen auf. Die Bauteile werden nach ihrer Feuerwiderstandsfähigkeit kategorisiert und in Brandschutzklassen eingeteilt. Diese Kategorisierung erfolgt auf Grundlage von Brandversuchen, dabei werden die brennbaren Stoffe auf ihr Verhalten in der Brandentstehungsphase getestet. Die Stoffe, welche nicht brennbar sind, werden nach ihrem Verhalten bei einem vollentwickelten Brand beurteilt.

⁵¹ Vgl. Risch, Kerst, 2011, S. 378 ff.

Baustoffklassen gemäß DIN 4102 Teil 1:

A - nicht brennbare Baustoffe

A1 - ohne organische Bestandteile, Nachweis nicht erforderlich (Beton, Ziegel, Eisen, Glas, Granit, Steinwolle, Gipsfaser)

A2 - mit organischen Bestandteilen, Nachweis erforderlich (Spezialschaumstoffe, Glaswolle, Spezialträgerplatten, bituminöse Kalksteine).

B - brennbare Baustoffe

B1 - schwerentflammbar (Hartschäume, Hartholz, Spezialspanplatten, Agglomerat = polymergebundene Kunststeine)

B2 - normalentflammbar (Weichholz, Silikon, Textilien, Strohhallen)

B3 - leichtentflammbar (Tapeten, Polystyrol)

Brandschutzklassen oder auch Feuerwiderstandsklassen sind:

Feuerwiderstandsklasse F0: Das Bauteil erfüllt im Brandfall weniger als 30 Minuten seine Funktion

Feuerwiderstandsklasse F30 : Das Bauteil erfüllt im Brandfall mindestens 30 Minuten seine Funktion. Bauaufsichtliche Benennung: feuerhemmend, Kurzbezeichnung F30

Feuerwiderstandsklasse F60: Das Bauteil erfüllt im Brandfall mindestens 60 Minuten seine Funktion Bauaufsichtliche Benennung: hochfeuerhemmend, Kurzbezeichnung F60

Feuerwiderstandsklasse F90: Das Bauteil erfüllt im Brandfall mindestens 90 Minuten seine Funktion Bauaufsichtliche Benennung: feuerbeständig, Kurzbezeichnung F90

Feuerwiderstandsklasse F120: Das Bauteil erfüllt im Brandfall mindestens 120 Minuten seine Funktion Benennung: hochfeuerbeständig, Kurzbezeichnung F120

Feuerwiderstandsklasse F180: Das Bauteil erfüllt im Brandfall mindestens 180 Minuten seine Funktion Benennung: höchstfeuerbeständig, Kurzbezeichnung F180 ⁵²

52 PDV Inter-Media Venture GmbH (2014): Regelungen und Richtlinien im Brandschutz, Augsburg

3.3.8 Verantwortlichkeiten

Um für ausreichende Sicherheit und die Einhaltung aller Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen zu sorgen, muss geklärt werden, wer wofür zuständig ist. Natürlich steht ganz oben der Veranstaltungsleiter (Betreiber und Veranstalter) – hier laufen alle Informationen zusammen – er koordiniert alle Teilbereiche der Sicherheitsstruktur. Bei Veranstaltungen auf öffentlichen Verkehrsflächen gibt es nämlich meist keinen Betreiber im Sinne der Sonderbauverordnung. Seine Pflichten nimmt dann der Veranstalter wahr.

Grundsätzlich sind Betreiber/ Veranstalter verantwortlich für die gesamte Sicherheit der Veranstaltung in allen Belangen, ob baulich, technisch oder organisatorisch. Der Veranstalter trägt als Organisator die rechtliche Verantwortung für die Veranstaltung. Er trägt die Organisationsverantwortung, also die Planung und Durchführung der Veranstaltung. Zudem trägt er die Fachverantwortung (Umsetzung und Einhaltung der Gesetze), sowie die Auswahlverantwortung (Auswahl geeigneter Dienstleister, geeigneten Personals) und die Aufsichtsverantwortung, hierzu zählt die Überwachung der Umsetzungen und Planungen. Falls es einen zum Veranstalter abweichenden Veranstaltungsleiter gibt, müssen seine Rechte und Pflichten dargestellt werden. Dazu zählt insbesondere der Umfang der Verantwortung, welche durch den Veranstalter auf ihn übertragen wurde. Sein Name muss allen bekannt sein, außerdem müssen Informationen zur ständigen Erreichbarkeit auf der Veranstaltung vorhanden sein. Ihm zur Seite stehen die technischen Verantwortlichen sowie die Meister für Veranstaltungstechnik Bühne/Studio siehe §§ 39 f Sonderbauverordnung.

Wenn der Veranstalter einen privaten Sicherheits- bzw. Ordnungsdienst beauftragt, muss dessen Leiter namentlich bekannt sein. Er ist verantwortlich für alle ihm übertragenen Aufgaben. Hierfür muss er über Erfahrungen bei vergleichbaren Veranstaltungen verfügen.

Wenn es ein Koordinierungsgremium in der zuständigen Kommune gibt, muss hierfür der Leiter namentlich benannt werden. Ansonsten müssen Angaben zum federführenden Amt und den in diesem Sinne zuständigen Mitarbeitern zu machen.

Wenn der sogenannte Hauptverwaltungsbeamte nicht als Entscheidungsperson am Veranstaltungstag fungiert, so hat er eine Person zu nennen, welche befugt ist, alle notwendigen Entscheidungen zur Beseitigung von Gefahren zu treffen.

Natürlich nur, wenn der Fall auftritt, dass die Großveranstaltung in Sicherheit und Ordnung wesentlich gestört wird.⁵³

Auch die anderen Ämter, wie etwa das Bauamt oder das Straßenverkehrsamt oder Mitglieder des Koordinierungsgremiums sind bekannt zu machen, da auch sie eine gewisse Verantwortung tragen.

An dieser Stelle möchte ich auch auf die verschiedenen Ämter eingehen, welche eine Funktion bei der Veranstaltungen haben können.

Das Liegenschaftsamt oder Grundbuchamt gibt Auskunft über den Betreiber der gewünschten Veranstaltungsfläche, im Falle einer Outdoor-VA. Außerdem kann dieses Amt alle angrenzenden Flächen des Veranstaltungsortes benennen.

Das Baugenehmigungsamt kümmert sich sowohl um Indoor-VA als auch um Outdoor-VA. In diesem Amt muss der Antrag auf Nutzungsänderung eingehen. Sie geben im Falle einer Indoor-VA Informationen zum Betreiber der Versammlungsstätte. Des Weiteren sind sie zur Abnahme der fliegenden Bauten zu konsultieren und kontrollieren die Belegungspläne der Veranstaltung (z.B. Bestuhlung oder Bühnenflächen).

Das Ordnungsamt, an welches häufig das Marktamt angegliedert ist, ist die Bescheid erstellende Behörde. Sie beziehen alle anderen Behörden und deren Stellungnahmen mit ein.

Im Ordnungsamt, werden folgende Anträge bearbeitet:

- Antrag für seltene Ereignisse
- Antrag auf Festsetzung einer Veranstaltungen
- Antrag auf Flächensondernutzung
- Feiertagserlaubnis
- Antrag auf Verlängerung der Sperrstunden
- Schankerlaubnis

Das Ordnungsamt muss in sämtliche Kommunikation bzgl. des Sicherheitskonzeptes mit einbezogen werden. Außerdem ist es verantwortlich für die Flächenübergabe im Falle einer Outdoor-VA, die Überwachung der Sperr- und Ruhezeiten, die Einsätze der Polizeibehörde auf der Fläche sowie der Kontrolle der Gemeindeverordnung.

53 Vgl. Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, 2013, S. 52ff.

Das Gewerbeamt ist zuständig für die Überprüfung der Gewerbebefähigung aller Gastronomen oder Händler auf der Veranstaltung, des Weiteren muss es die Sicherheitsdienste überprüfen und die Befähigung der Pyrotechniker.

Außerdem ist das Friedhofs- und Grünflächenamt zu nennen, welches bei Outdoor-VA für die Flächenübergabe sowie die Bearbeitung des Sondernutzungsantrages zuständig ist.

Eine sehr wichtige Funktion hat auch das Tiefbauamt. Es ist ebenso zuständig für die Bearbeitung von Sondernutzungsanträgen, kümmert sich um Anträge der Straßensperren und diesbezüglichen Flächenübergaben.

Außerdem muss dieses Amt auch kontinuierlich in die Kommunikation eingebunden sein, bezüglich des Verkehrskonzeptes.

Bei Großveranstaltungen muss eine Brandsicherheitswache eingerichtet werden, dies bedeutet, die Feuerwehr muss vor Ort sein, sowie der Leiter, welcher die Verantwortung trägt. Das Gleiche gilt auch für Sanitäts- und Rettungsdienst, auch hier wird der Leiter, bzw. die benannte Person in leitender Funktion zur Verantwortung gezogen.

Hierzu sollte für jede Veranstaltung eine Übersicht erstellt werden. Diese sollte ein Organigramm, sowie benötigte Telefonnummern beinhalten. Auch die oftmals benötigten Ordner und Helfer, denen eine überaus wichtige Aufgabe zukommt, müssen im Besitz der Telefonliste sein. Denn bei ihnen liegt der direkte Kontakt zum Besucher, hier entstehen die Fragen. Im Unglücksfall muss der Ordner richtig reagieren und wissen, was zu tun ist.

3.3.9 Genehmigungsverfahren

Alle Behörden, welche zur Veranstaltungsplanung einbezogen werden müssen, sollten frühzeitig mit eingebunden werden.

Jeder Antrag sollte eine genaue Veranstaltungsbeschreibung enthalten und vollständig sein. Außerdem müssen die Unterlagen rechtzeitig und fristgerecht abgegeben werden, um Missverständnisse mit den Behörden zu vermeiden. Diese Frist steht meist als Vermerk auf den Anzeigen über die geplante Durchführung einer öffentlichen Veranstaltung.

Diese kann wie folgt aussehen:

| | | | |
|---|--|---|---------------|
| 1 Veranstalter (Name, Vorname) | | Name d. Vereins- bzw. Vorstandsvorsitzenden | |
| Anschrift (PLZ, Ort, Straße, Haus-Nr.) | | Telefon, Fax, E-Mail | |
| Stadt Chemnitz Ordnungsamt Abt. Gewerbe, Marktwesen 09106 Chemnitz | | Eingangstempel Stadt Chemnitz | |
| | | Telefon | Fax |
| | | 0371 488-3146 | 0371 488-3198 |

Anzeige über die geplante Durchführung einer öffentlichen Veranstaltung
 Die Anzeige ist spätestens 6 Wochen vor dem geplanten Termin der Veranstaltung beim Ordnungsamt der Stadt Chemnitz einzureichen.

| | | | |
|---|----------------------|--|--------------------------------------|
| 2 Verantwortlicher vor Ort | Name, Vorname | | |
| | Telefon, Fax, E-Mail | | Telefon (mobil) am Veranstaltungsort |
| Lärmschutzverantwortlicher (muss vor Ort die Lärmschutzauflagen umsetzen) | Name, Vorname | | |
| | Telefon, Fax, E-Mail | | Telefon (mobil) am Veranstaltungsort |

| | | | |
|-----------------|--|---------------------|---------------------------|
| 3 Veranstaltung | Art | | |
| Ort | Ort, Straße, Haus-Nr. | | |
| | ergänzende Angaben (Flurst.-Nr./Größe des Raumes in m ² /zugelassene Personenzahl, u. Ä.) | | |
| | Name, Anschrift des Eigentümers (falls abweichend vom Antragsteller) | | |
| Datum, Uhrzeit | Datum | Uhrzeit (von - bis) | Teilnehmer-/Zuschauerzahl |

| | | | | |
|---|---|---|---|--------|
| 4 Bauliche Anlagen | Anzahl und Maße (B/T/H) | | | Anzahl |
| Maßstabsgerechter Lage- und Belegungs-Planungsplan beifügen | Bühnen/Podest/Zeile: (§ 74 Sächs. Bauordnung) | | sonstige Aufbauten/Stände: | |
| Veranstaltungsdetails | Musikalische Darbietungen | Feuergefährliche Handlungen/Feuerwerk | Eintrittsgelder | |
| Abgabe von zubereiteten Speisen und Getränken | <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ja | <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ja | <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ja | |
| Gewerbliche Anbieter | Anzeige nach § 2 Abs. 2 Sächs.GastG sonst. Erlaubnis zur Abgabe von zubereiteten Speisen und zum Ausschank von Getränken gem. § 2 Abs. 1 Sächs.GastG ist vorhanden Reisegewerbekarte zum Ausschank von Alkohol gem. § 56 Abs. 1 Ziff. 3 b GewO ist vorhanden Angabe der Firmen oder Geschäfte - Aussteller-/Teilnehmerliste beifügen | | | |
| Nutzung von öffentlichen Fußwegen und Straßen | <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ja: Antrag auf Sondernutzung wurde gestellt am: _____ Datum | | | |
| Sonstiges | bei Bedarf weitere Angaben formlos als Anlage beifügen | | | |

| | | |
|----------------------|---|--|
| 5 Beigefügte Anlagen | maßstäblicher Lageplan | Nachweis über Veranst.-Haftpflichtversicherung |
| | Ordereinsatzplan | Veranstaltungskonzeption |
| | Sicherheitskonzept | Anlage Lärmschutz |
| | Miet-/Überlassungsvertrag bzw. Antrag auf Sondernutzung § 18 Sächs. Straßengesetz | |

| |
|---|
| 6 Erklärung |
| Einer Übermittlung der in den Felder 1 und 3 gemachten Angaben an Dritte (z. B. Medien, Gewerbetreibende, Bürger) |
| <input type="radio"/> stimme ich zu. |
| <input type="radio"/> stimme ich nicht zu. |

Speichern
Drucken

Ort, Datum, Unterschrift Antragsteller/in Stempel

Abbildung 3: Anzeige einer öffentlichen Veranstaltung

Quelle: Stadtverwaltung Chemnitz (2015): *Formular Anzeige über die geplante Durchführung einer öffentlichen Veranstaltung*

Wenn man also plant eine Veranstaltung durchzuführen, ist zuerst eine Information an die zuständige Behörde zu geben. Diese lädt dann meist zur Besprechung ein. Hier werden alle beteiligten Behörden benannt sowie der Umfang der Antragsunterlagen bekanntgegeben. Außerdem wird der Antrag schon einmal vorgeprüft. Um die Absprachen zwischen allen beteiligten Stellen zu vereinfachen, sollte eine federführende Stelle auf behördlicher Seite bestimmt werden, welche die Kommunikation mit dem Veranstalter von Beginn an bis zur Nachbereitung der Veranstaltung bündelt und als zentraler Ansprechpartner fungiert.

Diese Stelle richtet meist ein Koordinierungsgremium ein, welches Informationen rund um die Veranstaltung sammelt und die Maßnahmen zur Gefahrenabwehr plant und umsetzt.

Damit die oft langwierigen Abstimmungsprozesse umgangen werden können, sollten die Mitglieder des Gremiums befugt sein, selbstständig Entscheidungen innerhalb ihres Bereiches zu treffen.

Die Mitglieder setzen sich meist aus den Bereichen Sicherheit und Ordnung, Bauaufsicht, Feuerwehr, Rettungsdienst, Polizei und Verkehr zusammen, außerdem gehört natürlich der Veranstalter dazu.

Ist eine solche federführende Stelle und somit kein Gremium vorhanden sollte der Veranstalter alle erforderlichen Antragsunterlagen für die einzelnen Behörden zusammenstellen und die jeweiligen Anträge stellen. Die Anträge werden dann auf Vollständigkeit und Richtigkeit geprüft. Falls ein Antrag abgelehnt wird, werden die Ursachen genannt und diesen sind dann zu beheben. Im weiteren Verlauf, sollte man nun auf die Genehmigung warten, bevor mit der Planung bzw. dem Beginn der Vorbereitungen im jeweiligen Punkt begonnen wird.

4 Sicherheitskonzepte

4.1 Allgemein

Verschiedene Katastrophen haben gezeigt, wie wichtig die Sicherheit auf Veranstaltungen ist und damit verbunden, das Erstellen eines Sicherheitskonzeptes. Laut der Muster-Veranstaltungssicherheit-Verordnung können Sicherheitskonzepte wie folgt definiert und beschrieben werden: „Sicherheitskonzepte sind nachvollziehbar strukturierte Darstellungen der bei Veranstaltungen zu erwartenden Gefahren sowie der erforderlichen vorbeugenden und abwehrenden Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz der Veranstaltungsbesucher und der Veranstaltungsumgebung. Für Veranstaltungen mit erhöhtem Gefährdungspotenzial ist ein Sicherheitskonzept obligatorisch.“⁵⁴ Dieses Konzept ist oft gesetzlich vorgeschrieben und Veranstalter und Betreiber tun gut daran, dieses sorgfältig auszuarbeiten, um

1. eine sichere Veranstaltung zu gewährleisten und
2. sicherzustellen, dass im Schadensfall die Sorgfaltspflicht nachgewiesen werden kann.

Laut der MVStättV ist bei Veranstaltungen ab 200 Besuchern ein Sicherheitskonzept zu erstellen, wenn die Art der Veranstaltung es erfordert. Ab einer Besucherzahl von 5.000 ist immer ein Sicherheitskonzept zu erstellen.

Derzeit gibt es im Bereich der Veranstaltungssicherheit allerdings keine Definition für eine ganzheitliche Sicherheitskonzeption und deren Umsetzung, außerdem gibt es keine festgelegte Mindestqualifikation für die Ersteller von Sicherheitskonzepten. Das heißt, dass jeder ein Sicherheitskonzept erstellen kann, der nur möchte und wenn sich die Veranstalter nun an dieses Konzept halten, ist nicht immer besagt, dass es auch tatsächlich alle Risiken abdeckt und beleuchtet bzw. die geforderten Maßnahmen die richtigen sind.

Bei der Auswahl der entsprechenden Dienstleister ist es also wichtig auf deren Referenzen und Erfahrungen in diesem Bereich zu achten.

⁵⁴ EVVC; Löhr, 2013, S.3

Mit der Erarbeitung eines Sicherheitskonzeptes sollte frühestmöglich begonnen werden, das sollte in enger Abstimmung mit allen intern und extern verantwortlichen Beteiligten geschehen. Die Konzeption muss die Verständlichkeit sowie die Verhältnismäßigkeit der empfohlenen Maßnahmen im Sinne der Umsetzbarkeit gewähren.⁵⁵

Entscheidend für die Erstellung eines Sicherheitskonzeptes ist also die sicherheitstechnische Bewertung einer Veranstaltung. Ab einer bestimmten Risikoschwelle wird ein Sicherheitskonzept gefordert und natürlich wenn die Regelungen der MVStättV es besagen. Derzeit gibt es allerdings keine gesetzlichen Regelungen nach denen der Veranstalter besagte Sicherheitskonzepte auch für Veranstaltungen außerhalb genehmigter Veranstaltungsstätten erstellen muss. Es empfiehlt sich daher für Großveranstaltungen außerhalb des Geltungsbereiches trotzdem so vorzugehen, als ob sie in den Bereich der MVStättV einzuordnen wären. Bereits mit Anmeldung der Veranstaltung sollten das Ordnungsamt, sowie Polizei und Feuerwehr abstimmen ob ein Sicherheitskonzept gefordert werden soll. Es sollte dafür reichen, wenn mindestens eine Behörde das Konzept für erforderlich hält, begründet und es dem Veranstalter mitteilt und auferlegt. Das rechtzeitige Vorlegen des Konzeptes ist eine wichtige Voraussetzung zur Umsetzung. Als rechtzeitig, um genügend Zeit zur Abstimmung zu geben, sind sechs Wochen vor dem Veranstaltungsbeginn benannt. Das abgestimmte Konzept muss dann vier Wochen vor der Veranstaltung überarbeitet und final vorliegen um eine optimale Umsetzung zu gewährleisten.⁵⁶

4.2 Inhalt und Aufbau von Sicherheitskonzepten

4.2.1 In Versammlungsstätten

Für die Betreiber von Veranstaltungsstätten bietet das Werk „Sicherheitskonzepte für Veranstaltungsstätten“ der AGBF einen guten Anhaltspunkt zur Erstellung eines Sicherheitskonzeptes. Die Inhaltsstruktur hier sieht wie folgt aus:

Einleitung mit Betreiberfunktion und besonderen Betriebsvorschriften im Sinne des Sicherheitskonzeptes (SiKo).

⁵⁵ Vgl. Meier, 2014

⁵⁶ Vgl. Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes e.V. (vfdb) (2014): *Merkblatt Sicherheitskonzept für Großveranstaltungen*, S.5

Es folgt der Teil zum Krisenmanagement: personelle Zusammensetzung, Aufgaben, Örtlichkeiten, Aktivierung und Alarmierung des Managements. Als nächstes werden sicherheitsrelevante Störungen benannt und das Verfahren im Umgang mit diesen geregelt, Maßnahmen sowie Verantwortliche benannt. Es folgen Ausführungen zur Evakuierung und Räumung der Veranstaltungsstätte. Im Speziellen wird dann nochmal auf einen sogenannten Massenanfall von Verletzten (MANV) eingegangen. Außerdem werden die Personaleinsatzkonzepte des Ordnungs-, Sanitäts- und Brandsicherheitswachdienstes mit den jeweiligen Verantwortlichen, Mitarbeitern und Aufgaben sowie Erreichbarkeiten erläutert. Zuletzt gibt dieses Werk noch an, welche Dokumente sich im Anhang befinden könnten (Checklisten, Brandschutzordnungen oder verschiedene Pläne).

Ein Konzept für Versammlungsstätten muss im Einvernehmen mit den zuständigen Behörden, vor allem aber Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst erstellt werden und dem Veranstaltungsbescheid zugefügt werden. Dieses Konzept ist bindend für den Betreiber und Veranstalter und bietet Ergänzungen zu den Betriebsvorschriften.⁵⁷

4.2.2 Außerhalb genehmigter Versammlungsstätten

Für Veranstaltungen die nicht in Versammlungsstätten stattfinden, könnte man folgenden inhaltlichen Aufbau anwenden:

Allgemeines: Zu Beginn eines Sicherheitskonzeptes sollen Angaben zum Verfasser, der aktuellen Versionsnummer und dem Stand der letzten Bearbeitung gemacht werden. Außerdem Angaben zur Art der Veranstaltung, deren Name und ergänzende allgemeine Angaben. Außerdem kann in diesem Zusammenhang das erwartete Besucherverhalten bereits beschrieben werden.

Es muss die Örtlichkeit der Veranstaltung genau beschrieben werden. Bei einer sich bewegenden Veranstaltung ist der genaue Verlauf anzugeben, welcher ggf. durch eine grafische Darstellung verdeutlicht werden kann. Im Hinblick auf die Zeiten sollten zuerst Öffnungs-, Ausschank- und Veranstaltungszeiten genannt werden, hieraus kann das geschätzte Besucherverhalten ebenfalls abgeleitet und angegeben werden. Wann mit bestimmten Besucherströmen oder -anstürmen gerechnet wird ist relevant für Beeinträchtigungen oder Überschneidungen im Rahmen der Platzkapazitäten oder im Rahmen der An- und Abreise.

⁵⁷ Vgl. vfdb, 2014, S. 6f.

Des Weiteren sollten Auf- und Abbauzeiten genannt werden, welche vor allem dann von Bedeutung sind, wenn hier durch der Straßenverkehr beeinträchtigt wird.⁵⁸

Verantwortlichkeiten: In diesem Gliederungspunkt wird zuerst auf den verantwortlichen Veranstalter eingegangen, dieser muss mit Namen benannt werden, seine Erreichbarkeiten sowie Informationen zu Kenntnisse und Beruf angegeben werden. Er ist verantwortlich für die Einhaltung aller Auflagen bezüglich der Sicherheit der Veranstaltung, deshalb muss er ständig vor Ort anwesend sein, es sei denn er überträgt diese Pflicht auf einen „Verantwortlichen vor Ort“. Diese und weitere Verantwortlichkeiten des Veranstalters ergeben sich aus §38 MVStättV.

Wenn ein „Verantwortlicher vor Ort“ oder „beauftragter Veranstaltungsleiter“ vom Veranstalter benannt wird, sind auch seine Daten im Konzept anzugeben. Wenn dieser seine Verantwortung jedoch auch delegiert sind wiederum Angaben über die Aufteilung zu machen.

Ebenfalls ist der vom Veranstalter beauftragte Ordnungsdienstleiter zu nennen, ihm sind alle Sicherheits- und Ordnungsmitarbeiter unterstellt. Dieser Leiter und seine Mitarbeiter sind für folgende die Sicherheitsmaßnahmen verantwortlich: Kontrolle an Ein-, Aus- und Zugängen, Einhaltung der maximalen Besucherzahl und Anordnung der Besucherplätze, Personenlenkungsmaßnahmen, die Durchsetzung von jeglichen Verboten, die Durchsage von Sicherheitshinweisen und die geordnete Evakuierung im Gefahrenfall.

Genauso trifft dies auch auf den Leiter des Sanitätsdienstes und dessen Mitarbeiter zu. Auch dieser ist zu nennen und dient als Ansprechpartner für alle Belange des Sanitätsdienstes.

Wenn bei der Veranstaltung umfangreiche Technik zum Einsatz kommt, so ist es möglich, dass eine fachlich geeignete Person für diese Belangen zu ernennen ist. Auch diese wird im Teil „Verantwortlichkeiten“ des Sicherheitskonzeptes genannt und dient als Ansprechpartner.⁵⁹

Organisationsstab: Der Organisationsstab oder die Veranstaltungsleitung ist eine Gruppe die sich aus Veranstalter sowie ausgewählten Mitarbeitern und Dienstleistern zusammensetzt. Des Weiteren können ausgewählte Behörden Mitglieder dieser Gruppe sein.

⁵⁸ Vgl. vfdb, 2014, S. 7f.

⁵⁹ Vgl. vfdb, 2014, S. 8f.

Alle Mitglieder müssen in diesem Punkt genannt werden. Das sind meist der Veranstalter, der Veranstaltungsleiter, der Ordnungsdienstleiter sowie der Leiter des Sanitätsdienstes, der verantwortliche Techniker, Vertreter von Polizei und Feuerwehr, sowie das Ordnungsamt. Zu deren Aufgaben zählen insbesondere: Informationsaustausch und Lagebesprechungen, die Führung aller Maßnahmen ab Veranstaltungsbeginn, abgestimmte Pressearbeit, Information von Sicherheits- und Fachbehörden, Koordination der Maßnahmen im Krisenfall bis zur Übernahme durch die jeweilige Einsatzleitung. Der Organisationsstab dient also auch als Unterstützung für die jeweiligen Einsatzleitungen. Auch die Information der Besucher und Mitwirkenden ist eine der Aufgaben, welche im Konzept definiert und festgehalten wird. Teil der Aufgabendefinition des Organisationsstabes ist auch die Abgrenzung von der gesetzlich zuständigen Einsatzleitung. Im Krisenfall unterstützt der Stab die Einsatzleitung und führt ggf. vor dem Eintreffen dieser, für nötig gehaltene Maßnahmen durch. Mit dem Eintreffen der Einsatzleitung ordnet diese dem Organisationsstab an, was er zu tun hat.

Damit eine uneingeschränkte Kommunikation zwischen allen Verantwortlichen und auch mit den Behörden stattfinden kann, ist eine sogenannte Kommunikationsliste zwingend erforderlich, welche auf einen Blick alle Ansprechpartner sowie deren Erreichbarkeiten bereit hält. Die Erreichbarkeit muss über zwei unabhängige Wege möglich sein, dies sind Mobiltelefone und Funkgeräte, die zur Verfügung gestellt werden. Es wird allerdings empfohlen, eine solche Liste als Anhang im Sicherheitskonzept einzufügen, da diese sich bis zum Veranstaltungstermin ändern kann.

Der Organisationsstab muss einen Raum zur Verfügung gestellt bekommen, welcher für die Besprechungen geeignet ist. Gegebenenfalls sollte der Raum so gelegt werden, dass das Gelände überblickt werden kann. Auf jeden Fall aber muss er gut erreichbar sein und für eine ungestörte Arbeit sorgen. Das Vorhandensein und eine Beschreibung der Zugänglichkeit muss im Konzept benannt werden. Gegebenenfalls kann man hier eine Lageskizze einfügen.

Als letztes muss beschrieben werden wie man sich im Falle einer Einberufung des Krisenstabes zu verhalten hat. Grundsätzlich ist zu beschreiben, ob eine Person benannt ist, welche über die Einberufung informiert wird und diese dann die Mitglieder über eine ebenfalls genau benannte Technik alarmiert oder ob die Person, welche die Einberufung verlangt, selbst alle Mitglieder informiert. Des Weiteren muss eine Frist angegeben sein innerhalb dieser alle Mitglieder am festgelegten Treffpunkt (Raum) eintreffen müssen.

Zum besseren Verständnis empfiehlt es sich, auch hier noch einmal den Treffpunkt zu nennen und zu beschreiben.⁶⁰

Rettungswege: Wie Rettungswege geführt und bemessen werden, wird meist aus der MVStättV entnommen, sodass dadurch eine einheitliche gesetzliche Grundlage besteht. Die MVStättV dient daher als Richtschnur, lässt allerdings Abweichungen zu, da sie keine gesetzliche Verbindlichkeit darstellt. Die Darstellung der geplanten Rettungswege (Rettungswegnachweis) sollte in erster Linie grafisch sein, um eine Schlüssigkeit der Wege beurteilen zu können. Die Darstellung sollte folgende Punkte enthalten: eine Darstellung der Fläche, welche den Besuchern zur Verfügung steht; die maximalen Lauflängen, die die Besucher zu den Ausgängen zurücklegen; verfügbare Ausgangs-, Flucht- und Rettungswegbreiten (immer die engste Stelle des Weges vermerken) und eine Angabe wie viele Personen auf den jeweiligen Weg angewiesen sein werden. Hierzu muss auch die Höchstbesucherzahl angegeben werden, dazu muss die Zahl der maximal zeitlich anwesenden Besucher ermittelt und festgehalten werden. Die Höchstbesucherzahl ist nämlich von der Breite der Rettungswege und der Größe der Verkehrsfläche abhängig. Sie entspricht der in der ordnungsbehördlichen Genehmigung festgelegten Höchstbesucherzahl und dient als Bemessungs- und Prüfgrundlage. Die im Konzept angegebene Zahl darf zwar niedriger als die der Ordnungsbehörden sein, jedoch nie höher.

Neben der Darstellung des Rettungswegnachweises müssen in diesem Punkt auch Bestuhlungs-, Flucht- und Rettungswegpläne sowie Aufbaupläne enthalten sein. Diese Pläne sind vor allem für die Beurteilung der Eignung der Veranstaltung auf der ausgesuchten Fläche von Bedeutung. Hierbei sind jegliche Aufbauten auf dem Gelände darzustellen, wie Bühnen, Bühnenabschränkungen, Gitter und Zäune, Besucherplätze, Gastronomiestände, Toiletten, sonstige Stände, Verkehrswege, Flucht- und Rettungswege, Ein- und Ausgänge, Vereinzelungsanlagen, Licht- und Tontechnikaufbauten, Plätze für Menschen mit Behinderung, Kamerastandorte, Belegflächen für benötigte Fahrzeuge, sowie Flächen für die Polizei, Feuerwehr und den Sanitätsdienst. Der beigefügte Plan muss maßstäblich und gut lesbar sein und die örtlichen Gegebenheiten adäquat darstellen. Ob der Plan mit dem Computer oder per Hand erstellt wird, ist nicht vorgegeben. Im Falle einer Änderung, wie sie bei Großveranstaltungen häufig der Fall ist, ist dem Sicherheitskonzept immer der aktuellste und finale Plan hinzuzufügen, welcher die Grundlage für Aufbauarbeiten darstellt.

60 Vgl. vfdb, 2014, S. 9ff.

Von diesem Plan darf nicht abgewichen werden. Beim Erstellen des Planes sind immer die oben genannten Vorschriften der MVStättV zu beachten.

Außerdem ist als wichtiger Bestandteil die Raumplanung zu beachten, welche sich zwar im Aufbauplan widerspiegelt, jedoch in der Vorgehensweise ein komplexer Vorgang ist.

Man muss hierfür beachten, dass vor jeglichen Aufbauten wie Toiletten, den Ständen und anderen Einrichtungen ausreichend Stauflächen vorhanden sind, da hier eine große Anzahl an Menschen wartet. Mit dieser Methode können kritisch hohe Personendichten an zu engen Flächen im Vorfeld vermieden werden. Des Weiteren kann eine gute Raumplanung das Besucherverhalten steuern. Bei der Flucht- und Rettungswegplanung (als Bestandteil der Raumplanung) ist zu beachten, dass die Besucher in zwei unterschiedliche Richtungen fliehen können und keine Sackgassen dadurch entstehen, dass die verschiedenen Bereiche nur in eine Richtung verlassen werden können. Die Wege sollen geradlinig und überschaubar verlaufen und für jeden gut erkenntlich sein. Verengungen sind zu vermeiden. Ebenso muss man beim Erstellen des Plans an die in den angrenzenden Bebauungen anwesenden Personen denken. Die ihnen zur Verfügung stehenden Rettungswege müssen bestehen bleiben und dürfen nicht durch irgendeinen Aufbau eingeschränkt werden. Hierzu zählen beispielsweise die Durchfahrten/-gänge zu Hinter- und Innenhöfen, die Ein- und Ausgängen sowie Treppenträume und Löscheinrichtungen. Außerdem müssen die Flächen, die die Feuerwehr zur Rettung der angrenzenden Bebauungen samt Personen benötigt freigelassen werden.⁶¹

Gefährdungsbenennung, Risikobeurteilung, Maßnahmindarstellung:

In diesem Teil ist jedes für die Veranstaltung relevante Risiko/ jede Gefährdung zu beschreiben. Anschließend sind die für das jeweilige Risiko zutreffenden Maßnahmen zu benennen und deren zeitlicher Ablauf darzustellen sowie die Verantwortlichkeiten für die Durchführung. Standardgefährdungen für jede Veranstaltung sind das Wetter, Bedrohungen von Außen (Anschläge etc.), das Zuschauerverhalten, sanitäts- und rettungsdienstliche Ereignisse, technische Störungen, Brandgefahren und Störungen der für die Besucher relevanten Infrastruktur innerhalb und außerhalb der Veranstaltung.

Grundgefährdungen, die sich nach dem Veranstaltungstyp richten sind: eine besondere politische Lage, Gegenveranstaltungen, die Besucherstruktur und das Gewaltpotential.

⁶¹ Vgl. vfdb, 2014, S. 15ff.

Weitere Gefährdungen sowie die Bewertung des Gefährdungspotentials können in Punkt 4.2.2 nachgelesen werden.

Als Maßnahmen können genannt werden: den Bereich absperren, Notruf tätigen, Absperurmaßnahmen und somit die Verhinderung weiteren Zustroms, benannte Verantwortliche informieren, insofern möglich erste Hilfe leisten etc. Die Maßnahmen sollen bewirken, dass ein Zurückkehren zum Regelbetrieb möglich ist und die Notwendigkeit von Feuerwehr, Polizei oder Rettungsdienst zu minimieren. Dennoch sollten diese Kräfte unmittelbar alarmiert werden.

Hierzu müssen ebenso die Texte für Sicherheitsdurchsagen im Konzept genau definiert werden, sie müssen klar verständlich, ehrlich und möglichst kurz sein. Im Falle internationaler Veranstaltungen müssen die Texte in verschiedenen Sprachen festgeschrieben sein. Außerdem können Laufschriften auf Videowänden sinnvoll sein, auch das muss im Falle der Verwendung schriftlich festgehalten werden.⁶²

Das Sicherheitskonzept beinhaltet in sich noch weitere nun folgende Konzepte.

Das Räumungskonzept bezieht sich auf die korrekte Evakuierung des Veranstaltungsgeländes oder auf Teilbereiche dieses und kann jederzeit durch verschiedene Auslöser erforderlich werden. Hierbei sind folgende Punkte zu verschriftlichen. Verantwortlichkeiten mit namentlicher Benennung der Personen, wenn dies nicht möglich ist, muss die Funktion der Person/en möglichst genau beschrieben werden wie zum Beispiel Ordner oder Zugangskontrolleure. Unter dem Punkt Aufgabenverteilung sind die detaillierten Maßnahmen zur Räumung und Evakuierung darzustellen sowie die jeweiligen Verantwortlichen. Schlussendlich ist noch der zeitliche Ablauf der Evakuierung aufzuzeigen, denn der Erfolg jeder Maßnahme kann von der richtigen Reihenfolge und der Dauer stark beeinflusst werden. Für diesen Fall sind auch hier wieder die entsprechenden Sicherheitsdurchsagen zu definieren und zu verschriftlichen.⁶³

Ein sehr wichtiger Bestandteil ist das **Verkehrskonzept**: Das Verkehrskonzept beinhaltet unter anderem die Zugänglichkeit für Einsatzkräfte. Sowohl die Veranstaltungsfläche als auch die angrenzenden Bauten müssen für Einsatzkräfte jederzeit zugänglich sein, hierzu können die Vorgaben der „Muster-Richtlinien über die Flächen für die Feuerwehr“ herangezogen werden. Welche Flächen erreicht werden müssen hängt von der konkreten Fläche und deren Planung ab, dies können sowohl Zufahrten als auch Stellplätze für Einsatzfahrzeuge oder Flächen für Hubrettungsfahrzeuge sein.

⁶² Vgl. vfdb, 2014, S. 20f.

⁶³ Vgl. vfdb, 2014, S. 21f.

Hierbei ist auch zu beachten, dass die Flucht- und Rettungswege der Besucher den Zufahrten der Einsatzkraftfahrzeuge entgegenführen, sodass die Einsatzkräfte anrücken und die Besucher gleichzeitig flüchten können. Um die Sicherstellung der Belieferung der Veranstaltung zu gewähren, müssen von den Flucht- und Rettungswegen unabhängige Wege und Flächen eingerichtet und eingezeichnet werden. Außerdem sind Lieferzeiten anzugeben und zwar so, dass es zu keinen Überschneidungen kommt.

Des Weiteren muss den Anliegern eine Erreichung der Gebäude ermöglicht werden. Hier muss geregelt werden, wie das ohne eine Gefährdung der Besucher und ohne die Beeinträchtigung der Flucht- und Rettungswege passieren kann. Insbesondere muss in diesem Punkt auch beschrieben werden, wie die Betroffenen frühzeitig über die Veranstaltung und in diesem Zuge geplante Maßnahmen informiert werden.

Die Veranstaltung steht immer in einer Beziehung mit den angrenzenden Bereichen. Hierfür sind des Öfteren auch Verkehrssperrungen nötig. Diese sind anzugeben, zum Einen um Einsatzkräften Informationen zu Anfahrtswegen zu geben und zum Anderen sind diese auch für die verkehrsbehördliche Anordnung notwendig.

Eine wichtige Rolle für das Verkehrskonzept spielt auch die Besucherlenkung bei der An- und Abreise, in manchen Fällen wird hierfür sogar ein separates Konzept erstellt. Hierfür benötigt man eine Analyse wie viele Besucher auf welche Art und Weise und auf welchen Wegen, wann den Veranstaltungsbereich erreichen oder verlassen. Im Falle einer Störung müssen verschiedene Maßnahmen geplant und festgehalten werden. Das Ziel der Besucherlenkung ist den Besuchern eine zeitgerechte An- sowie Abreise zu ermöglichen und mögliche Einschränkungen zu verhindern. Hierzu müssen für das Konzept der ÖPNV, Fahrradwege und -stellplätze, mobilitätseingeschränkte Personen, ein Parkplatz- sowie Einlasskonzept betrachtet werden.⁶⁴

Ein weiterer inhaltlicher Punkt des Sicherheitskonzeptes für eine Großveranstaltung ist der **Brandschutz**. Hierzu zählt die Verwendung von offenem Feuer und pyrotechnischen Gegenständen, die nicht in das Gefahrenszenario gehören, also dem Veranstalter bekannt sind. Wenn eine solche Verwendung geplant ist, muss diese präzise dargestellt, sowie die dazugehörigen Sicherheitsmaßnahmen genannt werden.

Im Falle der Verwendung von Pyrotechnik muss in der Regel das Ordnungsamt diesem Verwenden zustimmen und eine Genehmigung erteilen.

64 Vgl. vfdb, 2014, S. 22f.

Außerdem sind die Vorgaben für das Brandverhalten von Materialien, die der Dekoration oder Ausstattung dienen zu beachten und festzuschreiben. Der Nachweis über die Eignung der geplanten Materialien ist zu bringen. Ist es geplant, brennbare Flüssigkeiten oder Gase zu verwenden so sind hier Vorgaben zur sicheren Verwendung aufzulisten. Auch ist die Notwendigkeit von Abstandsflächen für Brandschutzmaßnahmen aufzuführen und der Standort der Flächen zu benennen. Diese sind bereits bei der räumlichen Planung berücksichtigt worden und Teil des Flächenplans.

In der Kategorie Blitzschutz werden Maßnahmen beschrieben die bezüglich des Blitzschutzes zu treffen sind bzw. getroffen werden. Außerdem müssen Maßnahmen beschrieben werden, die wirksame Lösch- und Rettungsarbeiten im Brandfall gewährleisten. Hierzu zählen die Bereitstellung entsprechender Löscheinrichtungen oder entsprechenden Personals, das Freihalten der Hydranten, sowie die Sicherstellung derer Nutzbarkeit. Im letzten Teil des Brandschutzes soll dargestellt werden, dass den Weisungen der Brandsicherheitswache und deren Weisungen im Gefahrenfall Folge zu leisten ist, sowie den Einsatzkräften der ungehinderte Zugang sowie die selbstständige Bewegungsfreiheit gewährleistet wird.⁶⁵

Inhaltlich fehlen nun noch das Ordnungsdienstkonzept sowie das Konzept des Sanitätsdienstes. Diese können gegebenen Falls auch als Anlagen angehängt werden.

Das Ordnungsdienstkonzept beinhaltet Personaleinsatz des Ordnungsdienstes, deren Aufgaben, sowie deren Qualifikationen und Ausstattungen und die Einweisung in das Sicherheitskonzept.

Die Anzahl der Ordner hängt von der Veranstaltung und den Aufgaben des Ordnungsdienstes ab. Nachdem die Veranstaltung beschrieben und eingeschätzt wurde ist in diesem Konzept anzugeben, wo, wann und wie viele Ordner eingesetzt werden (müssen). Diese Zahlen werden sowohl mit dem Ordnungsamt als auch mit der Polizei abgestimmt. Außerdem sollte die Verteilung der Ordner auf dem Gelände idealerweise grafisch dargestellt sowie ein Organigramm zur Struktur des Dienstes beigefügt werden. Bei der Kleidung der Ordner sollte darauf geachtet werden, dass jene für die Erkennbarkeit und Akzeptanz der Position sorgt. Die Kleidung ist im Konzept zu beschreiben. Hierbei sollte sich der Veranstalter mit der entsprechenden Fachkraft also dem Ordnungsdienstleiter absprechen um entsprechendes Fachwissen einbeziehen zu können.⁶⁶

⁶⁵ Vgl. vfdb, 2014, S. 24f.

⁶⁶ Vgl. Paul; Sakschewski; Ebner; Klode, 2014, S. 170f.

Um das Sicherheitskonzept wie gewünscht umsetzen zu können spielt der Ordnungsdienst eine entscheidende Rolle, deshalb müssen jegliche Aufgabe benannt sein und den Mitarbeitern des Ordnungsdienstes bekannt gemacht werden.

Die Berechnung der Anzahl der Ordnungsdienstmitarbeiter sollte sowohl an die Besucherzahl als auch das Gefährdungspotential der Veranstaltung angepasst werden, außerdem sollten die für die Veranstaltung notwendigen Funktionen der Mitarbeiter betrachtet werden. Meist werden die folgenden Aufgaben verteilt: Absicherung des Veranstaltungsgeländes, Freihalten der Flucht- und Rettungswege während der gesamten Veranstaltungszeit, Umsetzung des Einlasskonzeptes, Durchführung von Not- und Erstmaßnahmen in Gefahren- und Störungsfällen, Verkehrsposten, Kommunikation mit Veranstaltern und Sicherheitsbehörden, Kommunikation mit Besuchern und die Absicherung der Bühnen. Durch die verschiedenen Aufgabenbereiche werden verschiedene Anforderungen an die Ordnungsdienstmitarbeiter gestellt. Dazu müssen hier die erforderlichen Qualifikationen angegeben werden, diese sind den Vorgaben der Gewerbeordnung zu entnehmen und können teilweise auch besondere Schulungen im Hinblick auf die Veranstaltung enthalten.

Um eine richtige Einweisung sicherzustellen muss auch diese im Konzept erläutert werden. Es sollte beschrieben werden, wann diese stattfindet, wer sie durchführt und wer daran teilnimmt, sowie welchen Umfang sie hat. Die Mitarbeiter sollten für ihre Aufgaben perfekt ausgestattet sein, auch diese Ausstattung muss angegeben werden. Ebenfalls kann in diesem Punkt aufgelistet werden, was den Mitarbeitern an Ausstattung nicht gestattet ist (z.B. Waffen).⁶⁷

Im Sanitätsdienstkonzept werden die Aufgaben, Qualifikationen, Ausstattungen sowie das Ausmaß und der Einsatz des Sanitätspersonals erläutert. Insbesondere bei unübersichtlichen und weitläufigen Örtlichkeiten kommt dem Sanitätsdienst eine bedeutende Rolle zu. Die Aufgaben liegen in den Bereichen erweiterte Erste-Hilfe, frühzeitiges und qualifiziertes Eingreifen bei geringfügigen und weniger dramatischen Erkrankungen/ Verletzungen, unverzügliche und zielgerichtete Alarmierung und Einweisung des Rettungsdienstes sowie die qualifizierte Versorgung der Patienten bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes bei medizinischen Notfällen.

Dafür ist die Ausstattung der ortsfesten oder mobilen Sanitätsstationen zu beachten und mit den zuständigen Behörden unter Betrachtung der Normen abzustimmen.

⁶⁷ Vgl. vfdb, 2014, S. 25f.

Für mobile Stationen bietet sich ein Krankentransportwagen mit einer Patientenliege, einer Trage und einem Notfallkoffer an. An Materialien sollte Material zur Wundversorgung, Schienung, zur unterstützenden Beatmung, Kühlung, Wärmeerhaltung und zur Diagnostik vorhanden sein. Zusätzlich sollte Material zur Sauerstoffvergabe und ein externer Defibrillator Standard sein. Die persönliche Schutzausrüstung sollte den arbeitsschutzrechtlichen Vorgaben entsprechen und ebenfalls mit angegeben werden.

Die Mitarbeiter des Rettungsdienstes sollten in ihrer Kleidung einheitlich auftreten und gegebenenfalls sollte diese im Konzept benannt werden. Hinzu kommt noch die Ausstattung der eingesetzten Fahrzeuge welche den Mindestanforderungen der DIN-Normen entsprechen muss.

Die Stärke und Qualifikation der Mitarbeiter wird meist durch die zuständige Behörde festgelegt.

Die Qualifikation der einzelnen Einsatzkräfte muss detailliert dargestellt werden. Die Personenstärke gibt an wie hoch die Anzahl der Personen mit den bestimmten Qualifikationen sein muss. Diese Qualifikationen können sein: Sanitätshelfer, Rettungssanitäter, Arzt oder auch Arzt für Notfallmedizin. Die oben bereits erläuterten Schemen zur Risikoeinschätzung (Maurer-Schema oder Kölner Algorithmus) dienen zur Bemessung der Anzahl. Hierbei werden vorrangig die Örtlichkeit, die Besucheranzahl und die Art der Veranstaltung betrachtet. Die endgültige Festsetzung des Sanitätsdienstkonzeptes übernehmen die Behörden.

Je nach Örtlichkeit der Veranstaltung kann es ebenfalls notwendig sein, dass Sonderdienste wie etwa die Wasserrettung eingesetzt werden müssen. Dieser Rettungsdienst muss dann genau wie oben beschrieben ins Sicherheitskonzept eingearbeitet werden.⁶⁸

In den Anlagen eines Sicherheitskonzeptes können sich verschiedene Dinge befinden, hierzu können die verschiedenen oben beschriebenen Pläne zählen, sowie externe Veranstaltungsinformationen in Form von Broschüren etc., die Liste der Ansprechpartner bzw. die Telefonliste, Pläne wie der Aufbauplan, verschiedenste Einsatzaufträge und -pläne der Dienstleister oder auch die Versicherungsunterlagen.

68 Vgl. vfdB, 2014, S. 26ff.

4.3 Prüfung des Sicherheitskonzeptes und Behördliches Einvernehmen

Gemäß § 43 Abs. 2 Satz 1 MVStättV ist der Veranstalter verpflichtet, per Genehmigungsbescheid, das Einvernehmen bezüglich seines Sicherheitskonzeptes, mit den für die Sicherheit zuständigen Behörden herzustellen. Nachdem der Veranstalter ein solches Konzept erstellt hat, ist diese Version mit den Behörden (Polizei, Feuerwehr, Ordnungsamt) abzustimmen.

Ist das Einvernehmen jetzt schon hergestellt so ist das Verfahren zur Abstimmung beendet. Wenn es jedoch Änderungswünsche seitens der Behörden gibt muss eine weitere Version verfasst werden. Immer so lang, bis das Einvernehmen geschaffen wurde.⁶⁹

Bei der Prüfung des Sicherheitskonzeptes stehen die Frage der Veranstaltungszuordnung, Veranstaltungsart sowie die Besuchersicherheit im Vordergrund. Auch die Abstimmung mit Sanitäts- und Rettungsdiensten ist für das Zustandekommen der einvernehmlichen Lösung von Bedeutung.

Die Konformität mit zu beachtenden Gesetzen und Vorschriften lässt sich anhand der Landesbauordnungen sowie der im Konzept benannten Gesetze und Richtlinien erkennen.

Des Weiteren muss der Kommunikationsplan geprüft werden. Nicht nur die Kommunikationsbeziehungen, sondern besonders die Kommunikationsmittel müssen hier betrachtet werden. Diese müssen dem Veranstaltungsort angemessen sein um technische Probleme während der Kommunikation zu verhindern.

Auch die eingebauten Notfallszenarien sind auf Plausibilität und Umsetzbarkeit zu prüfen. In diesem Zusammenhang beinhaltet die Plausibilitätsprüfung die Bewertung der Machbarkeit der Szenarien und die Prüfung des Zusammenspiels der einzelnen Elemente. Außerdem muss als schlüssig hervorgehen, wie in Notfällen die geplante Kommunikation sichergestellt sowie die Kommunikation mit den Besuchern garantiert wird.

Die Überprüfung der Einhaltung des Konzeptes erfolgt meist durch Vor-Ort-Termine. Diese Termine sollten zeitnah vor Veranstaltungsbeginn durchgeführt werden.

⁶⁹ Vgl. vfdb, 2014, S.28 f.

Zudem kann eine Überprüfung während der gesamten Veranstaltungszeit als sinnvoll erscheinen.⁷⁰

4.4 Umsetzungsbeispiele in Deutschland

Für die Genehmigung einer Veranstaltung und somit auch für die Überprüfung des Sicherheitskonzeptes sind die unterschiedlichen Behörden zuständig. Hier ist es wie bereits beschrieben von Bedeutung ob es sich um eine Veranstaltung in einer genehmigten Versammlungsstätte handelt oder um eine Veranstaltung im Freien beziehungsweise eine temporäre Veranstaltung in einem Gebäude. Hierbei sind vor allem immer das Baurecht und Fragen der öffentlichen Sicherheit zu untersuchen.

In der föderalen Struktur Deutschlands, sind für diese Themen die Bundesländer eigenständig zuständig.

Sie erlassen die entsprechenden Verordnungen und Gesetze. Das hat zur Folge dass auch die Musterversammlungsstättenverordnung nicht in allen Bundesländern gleichermaßen umgesetzt wird. Elf Bundesländer haben die Musterverordnung im Landesrecht eingeführt, ein Bundesland hat sie teilweise umgesetzt und eines hat sie per Erlass für die Bauordnungsämter eingeführt.

Bis auf Hessen und Bremen, welche die MVStättV als Richtlinie umgesetzt haben, weichen die jeweiligen Landesverordnungen in einigen Punkten von der Musterverordnung ab. In Rheinland-Pfalz wurde sie noch gar nicht umgesetzt und in Thüringen wartet man noch auf die Verabschiedung einer Versammlungsstättenverordnung und wendet bis dahin die MVStättV an.

So ist auch die Forderung nach der Erstellung eines Sicherheitskonzeptes von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich und in der jeweiligen Verordnung festgehalten. In Ergänzung dazu wurden in verschiedenen Bundesländern Handbücher und Broschüren veröffentlicht, welche den Umgang mit dem Thema Sicherheitskonzepten erleichtern sollen. Sie geben Hinweise zu Zuständigkeiten und zu Möglichkeiten der Umsetzung. Außerdem ist es in vielen Großstädten der Fall, dass auf kommunaler Ebene zentrale Stellen eingerichtet wurden, welche für die Genehmigung für Veranstaltungen zuständig sind, sie dienen sozusagen als Ansprechpartner für den Veranstalter, leiten ihn durch die Verwaltung und übernehmen die verwaltungsinterne Abstimmung.

70 Vgl. Paul; Sakschewski; Ebner; Klode, 2014, S. 193ff.

Außerdem ist es bundesweit verbreitet, dass im Genehmigungsverfahren zuerst die Baubehörden die Anforderungen aus dem Baurecht prüfen (bei Versammlungsstätten) und danach die Ordnungsbehörde weitere Maßnahmen im Sicherheitskonzept fordert. So wird kein weitergehendes Sicherheitskonzept gefordert, wenn das Gebäude oder Gelände nicht für die Veranstaltung geeignet ist. Erst wenn eine Machbarkeit der Durchführung der Veranstaltung gegeben ist, wird für denkbare Gefährdungen ein Sicherheitskonzept mit Antworten nötig.⁷¹

In den unterschiedlichen Landesverordnungen erschweren die kleineren aber teils erheblichen Abweichungen den Vergleich untereinander aber auch die Verwaltungsstrukturen der Bundesländern machen es dem Veranstalter nicht leichter. In einwohnerstarken Bundesländern wie etwa Bayern gibt es Regierungen als Landesmittelbehörde.

Diese Verwaltungsebene fehlt in anderen Bundesländern wie Brandenburg komplett. Hier sind die obersten Baubehörden in unterschiedlichen Ministerien angesiedelt. Diese Zuständigkeitsproblematik zieht sich bis auf die kommunalen Ebenen.

Deshalb ist es vor allem für Veranstalter die bundesweit tätig sind, wichtig diese Abweichungen zu kennen. Da die im Februar veröffentlichte neue Fassung der MVStättV noch zur Notifizierung vorliegt ist mit einer Anpassung der Landesverordnungen der Länder noch zu rechnen.

Im folgenden wird auf die Abweichungen eingegangen, welche für die Nutzung von Versammlungsstätten von Bedeutung sind:

§1 Anwendungsbereich: Hier wird entschieden inwieweit die Verordnung anzuwenden ist. Hierbei liegen die Abweichungen vor allem bei Gaststätten und Bildungseinrichtungen. In Brandenburg steht im zusätzlichen Absatz 4 die Anwendung der Vorschrift für die vorübergehende Nutzung von Räumen für Veranstaltungen.

§6 Führung der Rettungswege: Sachsen erleichtert hierin die Sicherheitskennzeichnung im Freien.

§7 Bemessung der Rettungswege: In Bayern ist die Verlängerung der Rettungswege von 30m bis zu 60m nicht zulässig. Sachsen und Niedersachsen haben die Staffelung der Rettungswege in Schritten von 0,60m nicht übernommen. Hierdurch entstehen Unklarheiten. Viele Bundesländern sehen Ausnahmen bei den Aufenthaltsräumen vor.

§8 Treppen: Einige Bundesländer erlauben Erleichterungen bei Ausstellungshallen. Bayern hat Vorgaben für Absätze zwischen Türen, Stufen und Rampen hinzugefügt.

71 Vgl. Paul; Sakschewski; Ebner; Klode, 2014, S. 209ff.

§10 Bestuhlung, Gänge und Stufengänge: Nordrhein-Westfalen gibt als einziges Bundesland den Hinweis, dass dieser Paragraph auch für veränderte Einbauten gilt. Jedoch wird in der Praxis schon überall so gehandelt.

§11 Abschränkungen und Schutzvorrichtungen: Niedersachsen und Baden-Württemberg haben eine Definition für tiefer gelegene Flächen (20cm) beigelegt. Niedersachsen hat die Geländerhöhe auf 1m reduziert (Absturzhöhe bis 12m).

§29 Abschränkungen von Stehplätzen und Szeneflächen: In vier Bundesländern wurde dieser Paragraph leicht verändert.

§32 Besucherplätze nach dem Bestuhlungs- und Rettungswegplan: In Sachsen wird hier nicht ausdrücklich das Verbot der Abweichung von der Anzahl und Anordnung der Besucherplätze geregelt.

§35 Rauchen, Verwendung von offenem Feuer und pyrotechnischen Gegenständen: Sachsen konkretisiert hier die Verwendung von Kerzen als Tischdekoration, wenn eine geeignete Unterlage und Befestigung vorhanden ist.

§38 Pflichten der Betreiber, Veranstaltungsleiter und Beauftragen: In Sachsen werden die Pflichten des Veranstalters konkreter aufgezeigt und hervorgehoben.

§39 Verantwortliche für Veranstaltungstechnik: In sechs Bundesländern wurden die Meister für Veranstaltungstechnik ohne Fachrichtung noch nicht integriert. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es keine Regelung für Meister. Baden-Württemberg schließt auch die Dipl.-Ing. Produktionstechnik mit ein. In Bayern brauchen Hochschulabsolventen nur Praxiserfahrung und kein Befähigungszeugnis.

§40 Aufgaben und Pflichten der Verantwortlichen für Veranstaltungstechnik, technische Probe: In vielen Bundesländern gibt es die Möglichkeit des Einsatzes von erfahrenen Bühnenhandwerkern nicht. Baden-Württemberg hat den Schwellenwert für Szeneflächen auf 100m² erhöht. Niedersachsen fordert eine Durchführung der technischen Probe und das Anzeigen der Bereitschaft durch den Verantwortlichen für Veranstaltungstechnik.

§42 Brandschutzordnung, Feuerwehrpläne: In 3 Bundesländern wird die Unterweisung durch den Betreiber bzw. Beauftragten gefordert. In Niedersachsen ist die Möglichkeit auf den Verzicht für eine Brandschutzkonzept, sowie Brandschutzbeauftragte und Selbsthilfekräfte gegeben. Bayern fordert ein Konzept zur Rettung Behinderter.⁷²

⁷² Vgl. Scherffig, Martin (2014): *Versammlungsstättenverordnung der Bundesländer im Vergleich zur MvStättV der ARGEBAU*, S. 2ff.

| Bundesland | Verordnung | Gültigkeit; Zuständigkeit |
|------------------------|--|--|
| Baden-Württemberg | VStättVO Baden-Württemberg | Seit 01.07.2004; zuständig ist das Innenministerium |
| Bayern | VStättV für Bayern | Seit 02.11.2007 (geändert 2012); Bayerisches Staatsministerium des Innern |
| Berlin | keine bestimmte VStättVO, angewendet werden kann die BetrVO | 10.10.2007 Verordnung über den Betrieb baulicher Anlagen in Kraft getreten; Senatsverwaltung für Stadtentwicklung |
| Brandenburg | BbgVStättVO | Seit 01.10.2002; Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen des Landes Brandenburg |
| Bremen | keine VstättV, Anwendung der MVStättV durch die Bauordnungsämter | 2005; Senator für Bau, Umwelt und Verkehr des Landes Bremen |
| Hamburg | Hamburger VStättVO | Seit 01.10.2003 (neue Fassung 2007); Behörde für Bau und Verkehr des Landes Hamburg |
| Hessen | Umsetzung der MVStättV als Richtlinie | Gültig seit 01.01.2006; Hessische Staatskanzlei |
| Mecklenburg-Vorpommern | VstättVO M-V | Seit 01.09.2003; Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern |
| Niedersachsen | NVStättVO | Seit 01.02.2005; Niedersächsische Landesregierung |
| Nordrhein-Westfalen | VstättVO-NRW sowie die SBauVO-NRW | Seit 01.10.2002 Seit 2009 (SbauVO-NRW); Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen |
| | | |

| | | |
|--------------------|---|---|
| Saarland | VstättVO Saarland | Vom 06.10.1969, Fassung vom 22.01.1979, am 25.08.2008 „neu“ veröffentlicht; Ministerium für Finanzen und Bundesangelegenheiten des Saarlandes |
| Sachsen | SächVStättVO | Seit 01.10.2004; Sächsisches Staatministerium des Innern |
| Sachsen-Anhalt | VstättVO Sachsen-Anh. | Eingeführt am 20.05.2008; Portal des Landes Sachsen-Anhalt |
| Schleswig-Holstein | VstättVO SH | Seit 01.10.2004; Landesregierung Schleswig-Holstein |
| Thüringen | Keine VstättV, Anwendung der MVStättV durch Bauordnungsämter | 2005; Thüringer Innenministerium |

Tabelle 2: Vergleich der Verordnungen der Bundesländer⁷³

Alle Richtlinien und Verordnungen der Bundesländer sind in obenstehender Tabelle zusammengefasst.

73 Vgl. xEMP OHG (2015): *Bundesländer*, Berlin

5 Fazit

Ziel dieser Bachelorarbeit war es, die Bedeutung der Sicherheit im Veranstaltungsreich aufzuzeigen und das damit verbundene Erstellen von Sicherheitskonzepten zu beschreiben.

Durch die Darstellung jeglicher Gefahren und Risiken wird gezeigt, wie viel bei der Planung und Durchführung einer Veranstaltung verkehrt gemacht werden kann und wie wichtig einheitliche Richtlinien und Regelungen sind, die den Umgang mit dem umfangreichen Rechtsgebiet erleichtern. Welche die wichtigsten zu beachtenden Rechtsgebiete sind, wurde ebenfalls erläutert. Zudem hat sich gezeigt wie wichtig die Kommunikation und Abstimmung zwischen Veranstaltern, Behörden und Dienstleistern ist und dass diese noch besser ausgebaut werden muss, um mehr Sicherheit zu gewährleisten.

Durch die zahlreichen Unfälle zu denen auch jener der Loveparade 2010 zählt, wird der Stellenwert einer sicheren Veranstaltung dargestellt und daraus ist abzuleiten, dass dieser noch weiter steigen sollte und wie aufmerksam und penibel man mit diesem Thema umgehen sollte. Allerdings ist auch zu sagen, dass dieser sich seit diversen Vorfällen schon stark verändert hat und es nun zahlreiche Literatur sowie Diskussionen zum Thema gibt.

Im Hinblick auf die Veranstaltungssicherheit und die zahlreichen Unfälle und Vorkommnisse durch Missachtung dieser, sollten die rechtlichen Grundlagen so weiterentwickelt werden, dass die MVStättV nicht freiwillig umgesetzt werden kann sondern durch ein Gesetz für alle Bundesländer bindend ist. Die MVStättV vereint alle sicherheitsrelevanten Punkte in einem Werk und stellt so die Grundlage für sichere Veranstaltungen dar. Wenn man also auf diese Grundlage aufbaut, ist bereits ein großer Schritt getan.

Denn nur so kann das richtige Handeln der Veranstalter und Dienstleister und somit der Schutz aller an der Veranstaltung Beteiligten gewährleistet werden.

Die Bedeutung von Sicherheitskonzepten hat vor allem bei Großveranstaltungen einen hohen Stellenwert, bei kleineren Veranstaltungen wäre dies ein zu großer bürokratischer und finanzieller Aufwand. Wenn die potenzielle Gefahr im Vorfeld eingeschätzt wird, so kann der Bedarf eines Sicherheitskonzeptes optimal abgeleitet werden. Im Falle von Großveranstaltungen, die meist ein erhöhtes Risiko in sich bergen ist es allerdings zwingend erforderlich.

Literaturverzeichnis

Monographien

KLODE, Kerstin (2007): Muster-Versammlungsstättenverordnung. Organisation von Versammlungsstätten, Berlin

LANGE, Martin (2013): Sicherheit im "Sommermärchen". Staatliche und private Sicherheitsverantwortung bei Sportgroßveranstaltungen am Beispiel der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft 2006, Hamburg

PAUL, Siegfried (2012): Wissensmanagement für die Veranstaltungsbranche. Besonderheiten, Barrieren und Lösungsansätze, Berlin

RISCH, Kerstin / KERST Andreas (2011): Eventrecht kompakt. Ein Lehr- und Praxisbuch mit Beispielen aus dem Konzert- und Kulturbetrieb, 2., bearb. und erw. Auflage, Berlin

SAKSCHESKI, Thomas u.a. (2014): Sicherheitskonzepte für Veranstaltungen. Grundlagen für Behörden, Betreiber und Veranstalter, 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, Berlin

WOCHNOWSKI, Holger (1996): Veranstaltungsmarketing. Grundlagen und Gestaltungsempfehlungen zur Vermarktung von Veranstaltungen, Frankfurt am Main

Internet

Arbeitsgruppe Veranstaltungssicherheit der Fachhochschule Köln (Hrsg.): Sicherheitskonzepte für Veranstaltungen. Hinweise und Anmerkungen für die Ausarbeitung, 22. März 2012, in: http://www.xemp-berlin.de/docs_presse/AGVS_Entwurf_12-03-22.pdf (Zugriff am 15.04.2015)

AGBF Bund (Hrsg.): AGBF-Richtlinie „Einsatzplanung Großveranstaltungen“, 9. November 2009, in: http://www.agbf.de/pdf/einsatzplanung_grossveranstaltungen.pdf (Zugriff am 30.03.2015)

ARGEBAU (Hrsg.): Musterverordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (Muster-Versammlungsstättenverordnung – MVStättV), Juni 2005, in: http://www.verwaltungsdurchklick.de/fileadmin/user_upload/Verwaltungsdurchklick/02_Unternehmenslagen/Veranstaltungen/MVStättV_Hessen.pdf (Zugriff am 23.03.2015)

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (Hrsg.): Arbeitsschutzgesetz- ArbSchG, 07. August 1996, in: <http://www.gesetze-im-internet.de/arbschg/BJN-R124610996.html> (Zugriff am 20.04.2015)

dejure.org Rechtsinformationssysteme GmbH (Hrsg.): Gewerbeordnung, in: <http://dejure.org/gesetze/GewO/69a.html> (Zugriff am 14.04.2015)

EU (Hrsg.): Richtlinie 1999/13/EG , Art. 2 Abs. 6, in: <http://bfw.ac.at/rz/wlv.lexikon?key-win=3304> (Zugriff am 14.04.2015)

Europäisches Institut für TagungsWirtschaft GmbH (Hrsg.): Meeting- & EventBarometer 2014, 20. Mai 2014, in :<http://www.gcb.de/article/newsroom/pressemeldungen/pressemeldungen-des-gcb/meeting-eventbarometer-2014> (Zugriff am 10.04.2015)

EVVC (Hrsg.): Musterverordnung über die Sicherheit bei Veranstaltungen, 10. April 2013, in: <http://www.eveosblog.de/wp-content/files/2013/04/musterveordnung-VaSi-V-2013-04-10.pdf> (Zugriff am 14.04.2015)

HALLMANN, Kirstin: Zur Funktionsweise von Sportevents. Eine theoretisch-empirische Analyse der Entstehung und Rolle von Images sowie deren Interdependenzen zwischen Events und Destinationen, 23. März 2013, in: http://esport.dshs-koeln.de/187/1/Dissertation_Kirstin_Hallmann.pdf (Zugriff am 14.04.2015)

Hessisches Ministerium des Innern für Sport (Hrsg.): Bauordnungsrecht- Anlage, 10. September 2013, in: https://innen.hessen.de/sites/default/files/media/hmdis/anlage_1_-_bauordnungsrecht.pdf (Zugriff am 22.04.2015)

Landesinstitut für Arbeitsgestaltung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Wissensdatenbank, in: <http://komnet.nrw.de/ccnxtg/frame/ccnxtg/danz?lid=DE&did=20433> (Zugriff am 24.04.2015)

LEITZKE, Ansgar: Versammlungsstätten. Brandschutzkonzept und Umsetzungsmöglichkeiten, 3.-4. Dezember 2012, in: http://www.hisse.de/veranstaltung/dokumentation/Forum_AS_2012/media/pdf/09_Leitzke_Vortrag.pdf (Zugriff am 23.05.2015)

MEIER, Roland: Sichere Veranstaltungen im Kontext der Unternehmenssicherheit, 24. September 2014, in: http://www.securityforum.de/fileadmin/security_files/Handouts/2014/ForumII_Mi_13_30_Meier.pdf (Zugriff am 03.05.2015)

Ministerium für Inneres und Kommunales NRW (Hrsg.): Sicherheit bei Großveranstaltungen im Freien, 15. August 2012, in:

http://www.mik.nrw.de/fileadmin/user_upload/Redakteure/Dokumente/Themen_und_Aufgaben/Schutz_und_Sicherheit/sicherheitgrossveranstaltungen/Orientierungsrahmen__2_.pdf (Zugriff am 23.03.2015)

PDV Inter-Media Venture GmbH (Hrsg.): Regelungen und Richtlinien im Brandschutz, in: http://www.retter.tv/brandschutz_ereig,-Regelungen-und-Richtlinien-im-Brandschutz-_ereignis,10043.html (Zugriff am 20.04.2015)

Rechtslexikon.net (Hrsg.): Versammlungsgesetz, in: <http://www.rechtslexikon.net/d/versammlungsgesetz/versammlungsgesetz.htm> (Zugriff am 20.04.2015)

SCHERFFIG, Martin: Versammlungsstättenverordnung der Bundesländer im Vergleich zur MvStättV der ARGEBAU, Juli 2014, in:

http://www.scherffig.de/martin/dokumente/vergleich_erlaeuterungen_juli_2014.pdf (Zugriff am 20.05.2015)

Springer Gabler Verlag (Hrsg.): Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort Eventwirtschaft, in: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/event-wirtschaft.html> (Zugriff am 20.04.2015)

Stadtverwaltung Chemnitz (Hrsg.): Formular Anzeige über die geplante Durchführung einer öffentlichen Veranstaltung, in: http://vis.stadt-chemnitz.de/static/mam/vis_form/323045_mitteilung_veranstaltungsdurchfuehrung_os.pdf (Zugriff am 13.05.2015)

Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes e.V. (Hrsg.): Merkblatt Sicherheitskonzept für Großveranstaltungen, 01. Oktober 2014, in:

http://www.vfdb.de/download/Merkblatt/MB13_01_sicherheitskonzept.pdf (Zugriff am 15.04.2015)

xEMP OHG (Hrsg.): Bundesländer, in: <http://www.verordnungen-berlin.de> (Zugriff am: 15.05.2014)

Eigenständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe. Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus Quellen entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht. Diese Arbeit wurde in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Ort, den TT. Monat JJJJ Vorname Nachname